verschrieenen Vaterlandslosen — ihren Mann. Es ist ihnen nicht aus dem Gedächtnis geschwunden, daß sie — trotz mancher Anfeindung in der Friedenszeit — den Namen Deutsche tragen.

Die Lauen, Flauen und Drückeberger in den Gewerkschaften — wenn es ans Zahlen geht — rekrutieren sich ausschließlich aus den Reihen der politisch Gleichgültigen und den Schreiern, den rückgratlosen Mitläufern, die wohl das große Wort im Munde führen, aber es unterlassen, auch in die Tat umzusetzen. Diesen etwas Klassenbewußtsein einzutreufeln, sollten sich in Zukunft auch die Gewerkschaften nicht verschließen.

Meines Erachtens nach wäre es ratsam, daß die Berliner Ortsverwaltung unseres Verbandes es sich angelegen sein läßt, Fragebogen an die einzelnen Vertrauensleute herauszugeben, auf denen der Wochenlohn vermerkt, und die Höhe des Beitrages zum Notstandsfonds, den die Mitglieder während der Kriegszeit zahlen, festgestellt wird. Diese Fragebogen gewissenhaft beantwortet, wären ein wertvolles Material für die Organisation. Es wäre ihr im übrigen auf Grund dieses Materials leicht, festzustellen, wo die Drückeberger sitzen. Die zuständigen Vertrauensleute solcher Betriebe müßten alsdann auf einschlägige Veröffentlichungen und Artikel im „Courier" hingewiesen werden, damit sie in der Lage sind, die Drückeberger zum Lesen der Artikel persönlich zu bewegen. Dadurch würde einem und dem andern Kollegen sicherlich das Bewußtsein geschärft werden, damit er seine unehrliche Handlungsweise einsieht.

Sollten diese Ausführungen dazu beitragen, eine Besserung im kollegialischem Verhalten der Mitglieder zu einander herbeizuführen, dann haben sie ihren Zweck erfüllt.

NB. Obwohl wir nicht in allen Einzelheiten mit dem Kollegen B. übereinstimmen, glauben wir doch, daß seine Gedanken sehr beachtenswert sind. B. würde erstaunt sein, wenn er erführe, daß sogar sonst äußerst radikale Parteigenossen aus N. B. sich durch Betriebsbeschlüsse verpflichten, keine Notstandsfondsbeiträge mehr zu zahlen. Die Bezirksverwaltung wird gern bereit sein, gewünschte Auskünfte zu geben. D. R.

Feldpostbriefe.

Lieber Kollege F.!

Nun wäre ich mal wieder so weit, um Dir zu schreiben. Nach vielem Hin und Her sind wir endlich mal wieder für einige Zeit zur Ruhe gekommen. Es ist ein kleines unansehnliches Nest. Als wir es zum ersten Mal erblickten, kam uns allen ein leises Schütteln an. Aber gerade hier hat es sich bestätigt, daß manchmal, ich möchte bald sagen, meistenteils der Schein trügt. Was uns bisher noch nie geboten wurde, war, daß wir von den Einwohnern ausschließlich aufs freundlichste aufgenommen wurden. Alles, was uns die Leute vom Gesicht ablesen können, tun sie. Wir tun ihnen auch jeden Gefallen, d. h. soweit es in unseren Kräften steht. Unser Essen teilen wir regelmäßig mit ihnen; denn daran fehlt es bei der Bevölkerung am meisten. Ich wohne bei zwei alten Frauen. Meine Pferde stehen ein paar Schritte weiter bei der Tochter, deren Mann als Infanterist im Felde ist.

Jeden Abend, wenn wir unsere Post empfangen, fangen die Kinder an zu weinen, denn sie haben schon seit August vorigen Jahres nichts von ihrem Papa gehört. Es geht mir immer besonders nahe, wenn das zehnjährige kleine Mädchen erzählt vom Papa, und daß er bald wieder zurückkommt. Wir sitzen zusammen und erzählen. Wenn wir uns auch viel verstehen, so müssen wir doch die Zeichensprache zu Hilfe nehmen. Wenn ich es mir vergegenwärtige, daß doch diese Leute, welche ich nie gesehen, eigentlich unsere Feinde sind, und die mir doch viel gutes tun, dann sage ich mir, Krieg ist doch das Gräßlichste, was es geben kann. Es ist ein Jammer, daß die Völker sich gegenseitig so zerfleischen.

Diese meine Gedanken habe ich auch meinen Leuten auseinandergesetzt. Habe ihnen auch erklärt, daß ich Sozialdemokrat bin. Zuerst waren sie darüber ganz entsetzt. Jetzt sind sie aber doch schon so weit, daß sie einsehen, daß die „Sozialistes" gute und anständige Menschen sind.

Du siehst, hier in Frankreich scheinen wir nicht im besten Geruch zu stehen. Wundern tut es mich ja nicht, denn vom Leben haben sie hier nicht viel Erfahrung. Vielleicht kommt ihnen aber nach dem Krieg von selbst der Gedanke, wo eigentlich die wahren Freunde des Volkes sind. Dieses erhoffe ich auch von vielen Arbeitsbrüdern bei uns.

Nun will ich Dir mal schildern, wie ich das erste Mal im Kriege im Bett geschlafen. —

Als wir in unserm Quartier ankamen, war mein Kamerad etwas früher wie ich ins Haus getreten. Mit einem Mal kam er wie von der Tarantel gestochen wieder heraus. Ich glaubte schon, es sei etwas passiert. Wurde aber von ihm gleich eines besseren belehrt. Er rief mir entgegen: „Mensch, in der Stube ist ein Bett. Wir können drin schlafen." Kannst Dir unsere Freude nicht vorstellen, es ist das erste Mal seit sechs Monaten, daß wir wie richtig gehende Menschen im Bett schlafen sollten. Mein Kamerad sagte gleich zu mir, da gehe ich gar nicht erst essen. Kannst Dir meinen „Zug" holen und verdrücken. Ich habe mir die Sache reiflich überlegt. Resultat: Essen kannst Du alle Tage, im Bett liegen, passiert so leicht nicht wieder.

Also aufs Essen verzichtet und schlafen gegangen. Zuerst also die langen Stiefel aus. Nun die Hosen. Die haben wir schon von Landsberg an auf dem Leibe. Das war aber ein Gefühl. Unsere Hände und das Gesicht sehen zwar ziemlich „Feldgrau" aus. Wir haben nämlich seit dem letzten Regen keine Bekanntschaft mit Wasser gemacht, aber Not kennt kein Gebot, also rein in das Weißbezogene.

Wir haben gepennt bis morgens 10 Uhr. Ich glaube, Du und alle Daheimgebliebenen könnt Euch gar nicht vorstellen, was das für ein Gefühl war, als wir erwachten. Ich hätte sofort noch eine Portion Essen geopfert, wenn ich noch länger hätte liegen können.

Nun, lieber Kollege F.! Jetzt will ich schließen, mit den besten Grüßen an Dich und alle Kollegen verbleibe ich mit den besten Wünschen für unsere Organisation Dein Freund und Kollege.

Vergiß nicht, mir den „Courier" zu senden.

*

Im Schützengraben in Galizien.

Wenn ich hier vor dem Schützengraben so einsam auf Posten stehe, so schweifen meine Gedanken unwillkürlich nach dem bergischen Lande zurück, und im Stillen beneide ich diejenigen, die das grausige Kriegsleben aus eigener Anschauung nicht kennen lernen. Stellte schon unsere kurze Ausbildungszeit in Köln hohe Anforderungen an uns, so ist das noch kein Vergleich mit dem, was hier im Felde unser wartete. Drei Tage und Nächte waren wir unterwegs, um mit der Bahn nach Galizien befördert zu werden. Unter heftigem Regen und auf grundlosen Wegen, die teilweise mit Baumstämmen auszefüllt worden waren, marschierten wir unserem Bestimmungsort zu. Nach einem anstrengenden Marsch, von morgens 10 bis abends 8 Uhr, waren wir endlich am Ziel und wurden untergebracht. Ganz durchnäßt und in einer Scheune, in der es durch alle Ritzen zog, war es uns kaum möglich zu schlafen, zumal da noch grimmige Kälte herrschte. Am andern Tage wurden wir den einzelnen Kompagnien zugeteilt. Am Tage hatten wir Zeit, uns unsere Quartiere anzusehen; damit war es nun aber schlecht bestellt. Diejenigen, die einen Schweine- oder Ziegenstall erwischt hatten, waren die glücklichsten von uns. Tagsüber durften wir noch nicht aus Tage licht, weil wir sonst von der russischen Artillerie beschossen wurden. Nach einigen Tagen ging es dann in die Schützengräben. Hier liegen wir Tag und Nacht im Feuer, fortwährend schießt russische und deutsche Artillerie. Gestern schlug eine Granate dicht neben mir ein: zwei Kameraden tot und drei verwundet. Essen mit Kartoffeln haben wir schon seit vier Wochen nicht mehr erhalten, und dann gibt's nur des Abends das Essen, weil wir sonst beschossen werden. Dann passiert es oft, daß keine Bagage herankommen kann und wir hungern müssen. Kaufen kann man sich hier nichts. Das Brot ist sehr wasserhaltig und ist fast immer hart, wie zu Eis gefroren. Sich bei einer solchen Ernährung auf den Beinen zu halten, hält sehr schwer, zumal die Anforderungen, die hier an den Mann gestellt werden, fast übermenschlich sind. Ist es doch vorgekommen, daß wir 48 Stunden ununterbrochen geschanzt haben und dann noch zwei Stunden Wache, bevor man zwei Stunden Ruhe erhält. Und dabei passiert es sehr oft, wenn man sich in den Unterständen ausruhen will, daß man wieder heraus muß, weil wir zu stark beschossen werden. Gestern traf ich zu meiner größten Freude einen Verbandskollegen aus Elberfeld. Ich stand auf Vorposten und der Kollege kam als Patrouille. Am andern Tage haben wir uns besucht. Aber alle Strapazen werden sich ertragen lassen und sind wir uns unserer schweren Aufgabe: den Feind aus unserem Lande zu halten und ihn im eigenen Lande zu schlagen, wohl bewußt. Jeder von uns tut hier, was in seinen Kräften steht, und ein Zurück gibt es für uns nicht mehr. Unter den größten Entbehrungen wird hier alles geleistet. Wir tun es in dem Bewußtsein, daß unsere daheimgebliebenen Kollegen gleichfalls alles tun werden, um den Familien der Krieger über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Wir sind hier bereit, unter Einsetzung unseres Lebens den Feind unserer Heimat fern zu halten, können dann wohl aber auch erwarten, daß die Daheimgebliebenen kein Opfer scheuen, um die Not des Krieges im eigenen Lande zu lindern. Schon manchmal bin ich in den ersten Tagen meines Hierseins von Kriegern gefragt worden: Was machen unsere Organisationen, sind sie noch aktionsfähig? Ganz bestimmt erwarten hier die Krieger, daß die Kollegen ihre ganze Kraft auf den Ausbau des Verbandes verwenden, damit wir, wenn wir wiederkommen, Organisationen vorfinden, die auch nach dem Kriege unsere Interessen vertreten können. Daß das nach dem Kriege erst recht notwendig sein wird, wird wohl einem jeden ohne weiteres einleuchten. Mögen die finanziellen Anforderungen, die der Verband in der Kriegszeit an die Mitglieder stellt, auch noch so hoch erscheinen, so stehen sie doch in gar keinem Vergleich mit dem, was die Truppen im Felde leisten müssen; aber sie tun es in der bestimmten Erwartung, daß auch unsere Kollegen daheim ihre vollste Pflicht und Schuldigkeit tun. Auch wir wissen, daß für die Daheimgebliebenen eine schwere Zeit angebrochen ist, aber gut, sehr gut haben sie es noch im Vergleich zu den Soldaten im Felde. Wir alle hoffen und haben das felsenfeste Vertrauen, daß unsere Kollegen dem Verbande treu bleiben, ihre ganze Kraft auf den weiteren Ausbau desselben verwenden und ihn auch fürderhin hochhalten, so wird uns unsere Aufgabe leichter werden, und wenn wir einst wiederkommen sollten, so wird der Dank der Kollegen aus dem Felde nicht ausbleiben. Die Zurückkehrenden werden aber selbst wieder mit neuen Kräften an das Werk gehen, und hoffen wir, daß der Zeitpunkt recht bald kommt, wo wir die Waffen wieder aus der Hand legen und unseren Wirkungskreis in der Heimat wieder ausfüllen können.

*

Mein lieber E.!

Gestern, am 17. Februar, erhielt ich Deinen Brief nebst den Zeitungen und Broschüre. Dafür nimm meinen herzlichen Dank. Hatte ich doch schon einige Zeit auf eine Nachricht von Dir gewartet, so war gestern die Freude umso größer. Daß Briefe verloren gegangen sind, ist sehr wohl möglich. Denn z. B. habe ich aus meiner Familie schon seit drei Wochen keine Nachricht, was mich beunruhigt. Auch hier werden sicher Briefe verloren gegangen sein. Wohl ist die Feldpost besser geworden, doch bei diesem Betriebe leicht möglich, daß nicht alles an den Adressaten gelangt. — Zufrieden bin ich immer, wenn ich von Dir und unserer Bewegung einigermaßen gute Nachrichten erhalte. Die Nachrichten unserer Presse, die ich fleißig studiere, hat manchen Zweifel bei dem Lesen einzelner Artikel auftauchen lassen. Immer sagte ich mir, hier wird vertuscht. Aus Deinen Zeilen lese ich nun, daß ich richtig gedacht. Schlimmer kann es nicht werden, als was in Stuttgart geschehen. So manchen Genossen im Kriege wird es mit Wehmut erfüllen, daß diese Herren nichts besseres zu tun haben, als die Einigkeit, die unser Stolz immer war, in der jetzigen Zeit zu zerstören. Daß der Krieg für alle Völker ein großes Unglück ist, wissen wir. Hat die Partei nicht ihre Schuldigkeit getan und immer bei jeder Gelegenheit gegen diesen Stellung genommen? Der Krieg ist die Verneinung der Menschlichkeit, das spüre ich alle Tage. Niemand kann wohl die furchtbaren Schrecknisse tiefer empfinden als ein Sozialist, der im Felde ist. Nein, nicht wir allein! Auch Ihr, die Ihr zu Hause, könnt Euch hineinversetzen in das Jammervolle. Da wir den Krieg nicht verhindern konnten, weiter wir die Absichten unserer Feinde kennen, muß derselbe zu einem für das deutsche Volk zufriedenen Ende geführt werden, ohne unsere grundsätzliche Stellung zum Kriege selbst zu ändern. Ich stehe, und auch viele Genossen, die im Felde sind, auf dem Standpunkt, daß unsere Fraktion im Reichstag nicht anders handeln konnte. Wären wir nicht geschlossen in diesen Krieg gezogen, um unsere Zukunft, unsere Existenz, die doch mit dem Auf und Nieder Deutschlands eng verknüpft ist, zu verteidigen, als Vasallen Rußlands und Englands hätte man uns und unsere Weltwirtschaft gestempelt. Ich habe den Eindruck, als wenn viele unserer Genossen die Ursachen dieses Krieges nicht kennen, sich auch keine Mühe geben, dieselben zu studieren. Hauptsächlich gilt das für die Genossen, die zu Hause sind und sich den Quertreibern (der Ausdruck ist nicht zu hart) anschließen. Die wenige Zeit, die ich hier habe, wird zum Lesen und Schreiben benutzt. Sobald ich etwas erhaschen kann, ganz gleich was, wenn nur deutsch geschrieben, wird studiert. So erhielt ich auch einige politische Flugschriften, die ich mit großem Interesse gelesen habe. Von Paul Rohrbach las ich „Warum der deutsche Krieg ist". Von Arthur Dix „Der Weltwirtschaftskrieg". Dann von Professor Lamprecht „Deutscher Aufstieg 1750. 1914". Letzteres Buch allerdings verlangt gute geschichtliche Vorkenntnisse und ist mehr für Lehrer und zum Gebrauch bei Vorträgen geeignet. Nun habe ich mit aller mir zu Gebote stehenden Objektivität verlucht, ein eigenes Urteil zu bilden. In allen Büchern liest man von der Einkreisungspolitik Englands unter Beihilfe von Frankreich und Rußland. Man liest Aussprüche einzelner Bankleute, die offen den Neid der Engländer zugeben, ja denselben bestimmt bestätigen. Unwillkürlich, auch wenn ich die Fehler unserer Diplomatie in Betracht ziehe, komme ich zu dem Urteil, daß dieser Krieg unvermeidlich war. Hätten wir den Frieden behalten, so wäre ein bis zwei Jahre später das Unglück hereingebrochen und wer weiß, wie es dann gekommen wäre. Sicher ist, unsere Feinde hätten wir besser gerüstet gefunden. Liegt es doch offen zu Tage, daß alle Mächte bei der besten Reorganisation ihrer Militärmacht waren, als der Krieg ausbrach. Für mich steht fest, ein Sein oder Nichtsein für unser Volk ist dieser Krieg und wäre es später geworden. Der Leitartikel im „Courier" „Wir müssen durchhalten und siegen" ist gut. Ohne denselben vorher gelesen zu haben, sehe ich mein Urteil in diesem bestätigt. Es werden in der Tat von jedem große Opfer verlangt, daß man aber mit dem Hinweise, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Kriegskredite bewilligt, aus dem Verband ausscheidet, spricht Bände. Das sind die, die nicht alle werden. Kein Brief gelangt an meine Kollegen, an die ich oft schreibe, ohne die Aufforderung, alles für die Organisation zu tun, denn das wären sie uns schuldig. Eine Bitte habe ich, bewahre mir die „Neue Zeit" auf, darin werde ich (hoffentlich) später alles nachlesen. Grauenhaft müssen ja die Mitgliederversammlungen sein. Ganz recht hast Du mit der Ansicht, daß nach dem Kriege bei diesem Streit die Regierung der lachende Erbe ist. Das müssen wir unter allen Umständen verhüten. Ich danke für die Rolle, die die Herren uns zumuten. Man schickte mir am 14. 2. die Erklärung Dr. L. an den Reichstag, die seine Ablehnung der Kredite darlegt. Heute verstehe ich die Mission und ich werde dem Uebersender meine Antwort in den nächsten Tagen senden, erfreut wird er darüber gewiß nicht sein. Mit Stolz im Herzen, daß man Sozialist, daß man mitgewirkt in den großen Organisationen, daß man den Krieg dank unserer Weltanschauung anders betrachtet, hat man oft an die Heimat gedacht, sich gefreut, daß alle Organisationen in der ersten Zeit der Kriegswirren standgehalten haben, so wollen wir diese auch, wenn es das Glück will, wiedersehen. Diese Herren sollten sich schämen, die Geschäfte unserer Gegner zu besorgen, denn dahin führt die Uneinigkeit.

lionen von Deutschen ein freudiges Gefühl hervorherbeiwünschen und für den wir alle tätig sind und reißen von einer unrichtigen vorgefaßten Meinung gegen die großen und starken Arbeiterorganisationen.

Der siegreiche Ausgang des Krieges, den wir alle herbeiwünschen und für den wir alle tätig sind, und tätig sein wollen, wird sicher diesen letzten Rest reaktionärer Arbeiterbehandlung beseitigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach gab seiner Freude über die anerkennenden Worte aller Redner Ausdruck. Das Gefüge der Staatseisenbahnen im Frieden, ihr gewaltiger widerstandsfähiger Unterbau befähigte sie, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Verdienst liegt auch beim preußischen Landtag, der nicht nur alljährlich die Forderungen der Verwaltung bewilligt, sondern auch auf Ausgestaltung bis zur höchsten Leistungsfähigkeit gedrängt hat. Von den 600 000 preußischen und Reichseisenbahnern stehen 80 000 bis 90 000 im Felde. Ich verzichte auf nähere Darlegungen. Die Ausführungen des Abgeordneten Leinert, denen ich mit großem Interesse gefolgt bin, können mich von dieser Absicht nicht abbringen. Er hat Fragen von erheblichster grundsätzlicher Bedeutung erörtert, die nach meiner Meinung aus der Diskussion ausscheiden müssen. Die Regierung darf in solchen Fragen nicht vor neue Entscheidungen gestellt werden, denn — das verstehe ich unter dem Burgfrieden — daß grundsätzliche Fragen, die zu erheblichen Meinungsdifferenzen führen können, nicht erörtert werden. In der Frage der Tarifverträge ist es in jahrelangen Erörterungen nicht zur Einigung mit den Staatsbehörden gekommen und auch in der Frage der Zulassung der Arbeiterkoalition bestehen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Ich habe geglaubt, dadurch, daß ich praktische Politik trieb und alle Streikfälle in der Verwaltung ausgeschieden habe, alle Gründe weggeräumt zu haben, heute in eine Erörterung dieser Frage einzutreten. Ich nehme aber Abstand davon, obwohl ich weiß, daß Herr Leinert damit nicht einverstanden sein wird."

Es soll also alles beim alten bleiben. Jetzt im Interesse des Burgfriedens, nachher aber wie ehedem aus Prinzip. Nun, wir sind auch bestrebt, den Burgfrieden zu wahren, haben aber davon doch eine andere Auffassung, wie der Herr Minister. Die Eisenbahner wünschten gerade jetzt zu wissen, ob der Herr Minister seine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die freien Gewerkschaften über den Krieg hinaus aufrechterhalten will, und da er auf die ihm zugegangene Eingabe nicht geantwortet hat, hätten sie erwartet, daß er wenigstens im Abgeordnetenhaus sich über die Frage klar aussprechen würde. Nun ist auch das nicht geschehen und daraus dürfen die Eisenbahner wohl den Schluß ziehen, daß am System nichts geändert werden soll.

Fensterputzer

Berlin. Am 17. Februar fand eine sehr gut besuchte Versammlung der Fenster- und Messingputzer statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der im Felde gefallenen Kollegen Franz Schulz, Paul Noack, Emil Kolln und Fetgenhäuer in der üblichen Weise. Dann sprach der Kollege Müller über „Kriegsvermutungen und Kriegstatsachen" in eindrucksvoller Weise. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine Diskussion nicht. — Kollege Lambrecht gab den Geschäftsbericht, der mit Rücksicht auf die Verhältnisse nur kurz auszufallen konnte. Trotz der äußerst rührigen Agitation, die im Jahre 1914 356 Neuaufnahmen zeitigte, ist ein kleiner Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich zurzeit zirka 260 Kollegen im Felde befinden. Die Lohnbewegung mußte durch den Ausbruch des Krieges unterbrochen, wird jedoch nach Beendigung desselben in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Da augenblicklich eine umfangreiche Agitation nicht möglich ist, werden aus den Mitteln der Agitationskasse den im Felde stehenden Kollegen Liebesgaben übersandt. Ebenso erhalten sie regelmäßig den „Courier" und andere Lektüre. In bezug auf den Notstandsfonds erfüllen die Kollegen mit wenigen Ausnahmen in jeder Weise ihre Pflicht; dabei wird erwähnt, daß ein Kollege aus dem Lazarett in Saarburg 3 Mk. an den Notstandsfonds überwiesen hat. Unsere Aufgabe für die Zukunft muß sein, die Organisation nach jeder Richtung hin zu stärken. Es folgt der Bericht von der Agitations- und der Sechserkasse. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Ein Antrag, die Sechserkasse mit der Agitationskasse zu verschmelzen, wird angenommen. Bei den Ergänzungswahlen werden die von der Branchenleitung vorgeschlagenen Kollegen einstimmig gewählt, mit der Maßgabe, daß, wenn die im Felde stehenden Mitglieder der Branchenleitung zurückkommen, sie ihre alten Aemter wieder einnehmen. Mit dem Wunsche, daß alle Kollegen gesund und heil aus dem Kriege heimkehren mögen, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Hafenarbeiter.

Berechtigte Wünsche der Hafen- und Speicherarbeiter Berlins. Nach jahrelangen Bemühungen unserer Organisation auf Abstellung der vorhandenen sozialen Mängel, unter denen die im Osthafen beschäftigten Arbeiter stark zu leiden hatten, war endlich der Stadtverordnetenversammlung am 25. 2. 1915 eine Vorlage auf Ergänzung der Wasch- und Unterkunftsräume zugegangen, für welche an Kosten 13 910 Mk. veranschlagt wurden. Die Versammlung stimmte der Vorlage ohne Debatte zu, woraus zu schließen ist, daß die dringende Notwendigkeit eines besseren Arbeiterschutzes im Hafen allseitig anerkannt wurde.

Hoffentlich werden die baulichen Veränderungen und Ergänzungen mit eingehender Berücksichtigung der Wünsche der Hafenarbeiter recht bald in Angriff genommen, damit in kürzester Zeit etwas wirklich zweckmäßiges geschaffen wird, was nicht zu neuen Klagen Anlaß gibt.

Wenn somit die Arbeiter auf Erfüllung eines Teils ihrer sozialen Forderungen nach langem geduldigen Warten nunmehr endlich rechnen dürfen, so möchten wir nicht unterlassen, an dieser Stelle noch den Wunsch auszusprechen, auch die materielle Gleichstellung der Hafen-, Speicherarbeiter und Kranführer des Osthafens und der Städtischen Lagerhalle mit den Arbeitern und Kranführern der Privatspeichereibetriebe schnellstens herbeizuführen.

Das Wort: Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, muß für Kommunalbetriebe die gleiche Geltung haben.

Die Privatspeichereibesitzer sind einsichtig genug gewesen und haben die den Arbeitern infolge des Krieges doppelt hart treffende eingetretene Verteuerung aller Lebensmittel durch Gewährung eines erhöhten Stundenlohnes nach Möglichkeit auszugleichen gesucht. Was aber hat die städtische Hafendeputation auf unser Ansuchen getan? Zum Schreiben vom 17. Oktober 1914 erhielten wir auf wiederholte Mahnung um gefl. Erledigung unserer Eingabe unterm 14. 1. 1915 den nachstehenden endgültigen Bescheid:

„Eine Lohnerhöhung für die Speicherarbeiter von 55 Pf. auf 60 Pf. für die Stunde zu bewilligen, sind wir nicht imstande. Die allgemeine Lage ist nicht geeignet, ausreichende Lohnsätze noch zu erhöhen. Ihre Begründung können wir nicht anerkennen. Eine größere Anspannung der Kräfte, als dies früher der Fall war, wird von den Arbeitern im allgemeinen nicht verlangt. Hat die Kriegslage dies mal ganz vorübergehend erfordert, so blieb diese Mehrleistung hinter dem, was die Zeit von anderen verlangt, wohl erheblich zurück.

Ein Vergleich mit anderen Speichern läßt sich mit Rücksicht auf die Vorteile, die von der Stadt besonders gewährt werden, nicht ohne weiteres ziehen.

Simonsohn."

Das, was also von den Privatspeichereibesitzern als begründet und berechtigt durch Gewährung erhöhter Stundenlöhne anerkannt wurde, genügt der Hafendeputation nicht. Nach ihrer Meinung liegt kein Anlaß vor, „ausreichende" Löhne in Anbetracht der allgemeinen Lage noch zu erhöhen. Ob ein Arbeiter mit einem Stundenlohn von 55 Pf. — einzelne erhalten sogar nur 50 Pf., bei neunstündiger Arbeitszeit ein Tagelohn von 4,50 Mk. bis 4,95 Mk. — ausreichend auszukommen vermag, wagen wir füglich zu bezweifeln. Warum die allgemeine Lage nicht geeignet ist, die nach unserer Meinung unzureichenden Lohnsätze zu erhöhen, wird nicht gesagt.

Unsere Begründung wird abgetan, als bestände für die in Frage kommenden Arbeiter noch heute derselbe Normalzustand, wie vor dem Kriege. Wenn auch Ueberarbeit bis 11 Uhr nachts und darüber hinaus, sogar auch Sonntags, verlangt und geleistet wird, so ist alles das bereits etwas derart selbstverständliches geworden, daß man die im Interesse unseres Vaterlandes geleistete Mehrarbeit gar nicht mehr zu werten weiß. Man macht es sich leicht und stellt diese Mehrleistung in Parallele mit dem, was die Zeit von anderen verlangt.

Weiß denn die Hafendeputation gar nicht, daß gerade die Hafenarbeiter mit zu denen gehören, von denen die Zeit etwas anderes verlangt? Folgen nicht täglich neue Kräfte dem Rufe des Vaterlandes?

Die Hafendeputation meint weiter, daß sich ein Vergleich mit anderen Speichern mit Rücksicht auf die Vorteile, die von der Stadt besonders gewährt werden, nicht ohne weiteres ziehen lasse. Wir möchten demgegenüber feststellen, daß in den Privatspeichereibetrieben nicht nur dieselben, sondern weitaus größere Vorteile gewährt werden: Zuzahlung zum Krankengeld, Gewährung von Sommerurlaub, Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter, sind alles so selbstverständliche Dinge, daß wir auch bei den Privatspeichereibesitzern weitgehendstes Entgegenkommen gefunden haben. Darüber hinaus zahlen dieselben einen Lohn von 60 Pf. pro Stunde, gleich einem Wochenlohn von 36 Mk. Neuerdings sind weitere erfreuliche Fortschritte nach gegenseitiger Verständigung erzielt, so daß heute schon Stundenlöhne von 70 Pf. zu verzeichnen sind.

Selbst der Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben empfiehlt seinen Mitgliedern, den bei ihnen beschäftigten Arbeitern infolge der enorm erhöhten Lebensmittelpreise eine Kriegszulage zu gewähren.

Nach den neuesten Berichten von Calwer erfordert die Steigerung der Lebensmittelpreise für eine fünfköpfige Familie einen Mehraufwand von 5,16 Mk. pro Woche. Wie sollen da die Arbeiter mit ihren, schon in normalen Zeiten unzureichenden Löhnen, die Wucherpreise für Kartoffeln, Hülsenfrüchte usw. zahlen können?

Will man keine feststehende Lohnzulage geben, so muß unverzüglich durch Gewährung einer Teuerungs- oder Kriegszulage im Mindestbetrage von 5 Mk. pro Woche, die ungenügende Entlohnung der Arbeiter, die zur Unterernährung führen muß, aufgebessert werden. Die Hafen-, Speicherarbeiter und Kranführer haben lange genug geschwiegen, nunmehr muß aber dringende Abhilfe gefordert werden, ehe es zu spät ist.

Handelsarbeiter

Berlin. Große Unzufriedenheit herrscht zurzeit unter dem Dienerpersonal der Firma A. Wertheim. In zwei sehr stark besuchten Versammlungen besprachen die Angestellten ihre wirtschaftliche Lage. Nach Ausbruch des Krieges wurden dem Dienerpersonal bis 33⅓ Proz. des Gehaltes abgezogen. Ein Teil der Angestellten war damit nicht einverstanden und wurde deshalb sofort entlassen. Im September zahlte dann die Firma die Hälfte des abgezogenen Gehaltes und vom Oktober ab wieder das volle Gehalt.

Die infolge des Krieges einsetzende Teuerung und die gemachten Gehaltsabzüge veranlaßten nun einen Teil der Angestellten, sich mit einem Schreiben an die Militärbehörde zu wenden, um die Firma zu veranlassen, die abgezogenen Gehälter zurückzuzahlen. Ferner wurde ein Schreiben an Herrn Franz Wertheim abgesandt, worin ebenfalls die Rückzahlung der abgezogenen Gehälter oder evtl. eine Teuerungszulage gewünscht wurde. Beide Schreiben blieben erfolglos. Zirka 200 Diener versammelten sich dann an einem Sonnabend früh in der Hausinspektion und forderten eine Teuerungszulage. Die Geschäftsleitung verhandelte mit einer Kommission über die einzelnen Punkte und teilte derselben mit, daß die Firma keinerlei Zugeständnisse machen könne. Eine am Dienstag, den 16. Februar, stattgefundene Versammlung, zu welcher Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes eingeladen waren, nahm den Bericht der Kommission entgegen. Die Versammelten beauftragten dann durch Annahme einer Resolution die Verbandsleitung, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen und mit der Geschäftsleitung der Firma A. Wertheim in Verbindung zu treten. Am Mittwoch, den 24. Februar, fand eine Verhandlung statt. Die Geschäftsleitung erklärte, daß an eine Rückzahlung des abgezogenen Gehalts nicht zu denken sei, die Firma sei sich die mehr dahin schlüssig geworden, allen Dienern, die in den letzten zwei Jahren keine Gehaltszulage erhalten haben, 5 Mk. pro Monat zu gewähren. Auf die Einwendungen der Verbandsvertreter, daß durch diese einmalige Maßnahme die Unzufriedenheit noch größer werden wird, erfolgte die Firma die Verbandsvertreter um entsprechende Vorschläge. Diese gingen dann dahin, durchweg eine Teuerungszulage zu gewähren, um so mehr, da der Arbeitgeberverband in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben seinen Mitgliedern durch Zirkular empfiehlt, bei der heutigen Teuerung einige Mark Lohnzulage zu gewähren.

Nachdem die Geschäftsleitung von diesem Zirkular Kenntnis genommen, versprach die selbe, bis Sonnabend, den 27. Februar, früh, Bescheid geben zu wollen. Dieser Bescheid blieb aus. Erst als am Montag, den 1. März, von seiten der Verbandsleitung angefragt wurde, erklärte die Firma, daß alles beim alten bleibe. Die am selben Tage einberufene Personalbesprechung nahm den Bericht der Verbandsleitung entgegen. Die Versammelten sprachen ihr Bedauern aus, daß die Firma jedes Entgegenkommen dem Dienerpersonal gegenüber abgelehnt hat, trotzdem dieselbe bei der Verhandlung selbst Vorschläge gemacht hat. In sehr scharfen Worten wurde in der Versammlung das Verhalten der Firma A. Wertheim charakterisiert. Es wurde besonders betont, daß die Firma wohl in der Lage sei, infolge ihrer großen Aufträge für die Militärbehörde, den Angestellten eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Teuerungszulage zu gewähren. Das vorerwähnte Zirkular des Zentralverbandes deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben an seine Mitglieder wurde zur Verlesung gebracht. Erfreulicherweise hat ein großer Teil Arbeitgeber sich diese Aufforderung zu eigen gemacht. Die Firma A. Wertheim, die bei Ausbruch des Krieges ihren Angestellten bedeutende Gehaltsabzüge machte, ist eigentümlicherweise nicht in der Lage, den Angestellten einige Mark Teuerungszulage zu gewähren.

In nachstehender Resolution, welche in der Versammlung einstimmig Annahme fand, wurde die Verbandsleitung beauftragt, die erforderlichen weiteren Schritte zu unternehmen.

„Die am 1. März 1915 stark besuchte Versammlung des Dienerpersonals aus der Häusern der Firma A. Wertheim nimmt Kenntnis von dem Resultat der Leitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes übertragenen Verhandlungen zwecks Erreichung einer angemessenen Lohnzulage.

Die Versammlung spricht ihre größte Verwunderung und Mißbilligung darüber aus, daß die Geschäftsleitung der Firma den verteuerten Lebensbedingungen ihres Arbeiterpersonals kein Verständnis entgegengebracht hat und verurteilt auf das schärfste den unberechtigten und ablehnenden Standpunkt.

Die Verbandsleitung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte zu unternehmen unter Darlegung der Umstände, die die Versammelten zwingen, die Rückerstattung des für August und September einbehaltenen Gehaltes zurückzuverlangen.

Die versammelten Arbeitnehmer verpflichten sich, ganz energisch die Agitation unter den noch indifferenten Arbeitern zu betreiben, damit in kürzester Zeit den berechtigten Lohnforderungen Geltung durch die modernen Arbeiterorganisationen verschafft wird.

Die Organisationsleitung wird weiter beauftragt, das eigentümliche und unsoziale Verhalten der Firma A. Wertheim in geeigneter Form der Oeffentlichkeit bekanntzugeben."

Jugend-Bewegung

Berlin. In der Monatsversammlung der Abteilung Neukölln am 26. Februar referierte Kollege H. über das Thema: „Zeichen der Zeit". Der Vortragende fand eine aufmerksame Zuhörerschaft und wurden seine Ausführungen mit Beifall und Dank quittiert. Hierauf gab Kollege W. das von der Wanderkommission beschlossene Programm bekannt. Danach werden die Abteilungen der Jugendsektion in zwei Wandergruppen eingeteilt, die einmal im Monat zeitlich gemeinsam je eine Gruppenwanderung in die nähere Umgebung Berlins unternehmen. Außerdem wird für diejenigen jugendlichen Kollegen, welche gerne in die weitere Umgebung Berlins hinaus möchten, und die für diesen Zweck etwas mehr Fahrgeld ausgeben können, einmal im Monat eine solche Wanderung eingelegt werden. Ferner ist für die Monate Juni, Juli und August neben den Gruppenwanderungen je eine gemeinsame Veranstaltung geplant (Sonnenwendfeier oder Nachtpartie, Spreewaldfahrt oder Besichtigung des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin und ein Sommerfest mit Waldspielen). Für die Oster- und Pfingstfeiertage sind dann außerdem noch 2 bis 3tägige Wanderungen vorgesehen und zwar zu Ostern eine zwei- bis dreitägige Wanderung in das Fläminger Gebiet und zu Pfingsten eine dreitägige Wanderung im Riesengebirge sowie eine zwei- bis dreitägige Wanderung durch das Schlaubetal. Die Kosten für die zwei- bis dreitägigen Wanderungen sind auf zirka 6 resp. 9 Mark berechnet worden. (Fahrgeld, warmes Abendessen und Nachtquartier.) Dagegen wird sich die Wanderfahrt ins Riesengebirge auf zirka 18 bis 20 Mk. belaufen. Die zwei- bis dreitägigen Wanderungen, mit Ausnahme der Wanderfahrt ins Riesengebirge, werden so gelegt, daß diejenigen Jugendlichen, die nur zwei Tage abkommen können, am zweiten Tage der Wanderfahrt abends Rückfahrtgelegenheit nach Berlin haben. Um für die mehrtägigen Wanderungen rechtzeitig Geld zurücklegen zu können, wird eine Einrichtung geschaffen werden. Sämtliche Wanderungen sollen von erfahrenen Führern aus den Kreisen der Dezernenten geleitet werden. Die jeweilige Tageswanderung soll an Wegeslänge 20 bis 25 Kilometer nicht überschreiten; die frei bleibende Zeit wird für Waldspiele aller Art ausgenützt werden. Für diese Zwecke werden Spielgeräte teils ergänzt und anderenteils neu angeschafft. Die einzelnen Wanderungen und Veranstaltungen werden den jugendlichen Kollegen rechtzeitig durch Handzettel und durch Mitteilungsblatt bekannt gegeben. Die nächsten Gruppen-Wanderungen finden bereits am Sonntag, den 14. März, statt. In der sich hieran anschließenden Besprechung fand das Programm der Wanderkommission allgemein freudige Zustimmung. Nachdem noch einige Agitations- und Organisationsfragen ihre Erledigung gefunden, erfolgte um 10¾ Uhr Schluß der Versammlung.

Berlin. Die Monatsversammlung der Abteilung Osten fand am 3. März statt. In derselben schilderte ein Kollege Land, Leute und Sitten der Briten nach seinen eigenen Erfahrungen.

In der gut besuchten Monatsversammlung der Abteilung Zentrum am 4. März besprach ein Kollege die Aufwendungen der deutschen Arbeiterschaft für Bildungsbestrebungen, und wies nach, in welcher Weise die Kultur den deutschen „Barbaren" zugänglich gemacht worden ist und noch wird. Beide Referate fanden den lebhaften Beifall der Anwesenden. In beiden Versammlungen wurden sodann die für das Sommerhalbjahr geplanten Wanderungen und sonstigen Veranstaltungen besprochen. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, die Wandersparkasse wieder einzuführen, damit die Jugendlichen das Geld für die Pfingstwanderung nach dem Riesengebirge aufsammeln können. Am 14. und 21. März werden Wanderungen veranstaltet und Ostern findet eine zwei- bis dreitägige Wanderung nach dem Fläming statt. Außerdem werden zwei eintägige Wanderungen nach Erkner-Löcknitztal und Werneuchen-Fänger- und Bötzsee-Straußberg arrangiert. Die Wanderungen werden noch durch Handzettel bekannt gegeben. Weiter findet am Sonntag, den 18. April, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein Kunstabend mit Angehörigen statt, bestehend in Gesangs- und Mandolinenkonzert nebst Rezitation und Tanz. Der Verbandsvorsitzende wird die Festrede halten. Für zahlreiche Beteiligung wird allseitig Sorge getragen.

In Rücksicht auf die am 20. März stattfindende Jahresversammlung der Jugendsektion und das bevorstehende Osterfest findet die nächste Versammlung der Abteilung Osten am 5. Mai statt. Die nächste Versammlung der Abteilung Zentrum wird am 15. April abgehalten. Nachdem noch einige Abteilungsangelegenheiten besprochen waren, erfolgte gegen 11 Uhr bzw. ½12 Uhr Schluß der Versammlungen. Unentschuldigt fehlten von den Funktionären die Kolleden Raschke, Walter und Bruno Schiele sowie Weidner.

Straßenbahner.

Vertrauensmännerkonferenz bei der Großen Berliner Straßenbahn.

In der jetzigen Zeit des Burgfriedens waren die beiden Fraktionen (Verbändler und Vereinler) übereingekommen, bei der Direktion vorstellig zu werden, um eine Aenderung in der jetzigen Lohnhöhe herbeizuführen, ebenso sollten einige Betriebsangelegenheiten besprochen werden. Beide Fraktionen entsandten je vier Kollegen aus ihrer Mitte zu der zum 13. Februar angesetzten Konferenz. Von der Direktion war Herr Direktor Otto erschienen, der auch die Konferenz leitete. Der Herr Direktor erklärte, daß er besonders in jetziger Zeit keine Rücksicht auf Parteien nehme und daher beide Gruppen von Antragstellern zusammen geladen habe. Nachdem Einzelne die wirtschaftliche Lage des Personals geschildert hatten, erklärte Herr Otto, daß auf Anträge bezüglich Erhöhung bestehender Sätze, auch der Ueberstundenbezahlung, die ihre Wirkung über die Kriegszeit hinaus haben würden, nicht eingegangen werden könne. Es solle aber der gegenwärtigen Teuerung soweit Rechnung getragen werden, wie die Verwaltung irgend in der Lage sei, ohne die erheblichen Aufwendungen für die Frauen und Kinder der Kriegsteilnehmer zu schmälern. Und zwar wurden ab 21. Januar d. J. bewilligt:

a) den angestellten Schaffnern und Fahrern ein Aufschlag auf die Bezahlung der im Monat durchschnittlich nicht gewährten zwei freien Tage mit je 2,50 Mk., so daß jeder Angestellte monatlich 5 Mk. Zuschlag erhält. Dieser Zuschlag von 5 Mk. soll den Angestellten auch gewährt werden, wenn im Einzelfalle mehr freie Tage gegeben werden, der Durchschnitt von zwei bezahlten freien Tagen also nicht innegehalten wurde;

ab 1. Februar:

b) den Aushelfern und Ersatzleuten wird zum Tagelohn für die beiden mit Bezahlung gewährten freien Tage ebenfalls ein Zuschlag von 2,50 Mk., im ganzen Monat also von 5 Mk., gewährt;

c) Schaffnerinnen erhalten auf ihre zwei freien Tage 1,20 Mk. Zuschlag, also monatlich 2,40 Mk.;

d) den Bahnwärtern, Weichenstellern, Hofarbeitern, Rangierern und Wagenwäschern werden 0,20 Mk. täglich zugelegt.

In bezug auf vorgebrachte Beschwerden, die sich aus der Diensteinteilung usw. ergeben, wurde Nachprüfung versprochen. Ebenso wurde Verlängerung der Fahrzeit auf mehreren Linien zugesagt.

Soweit der Bericht, den die Vertreter der beiden Fraktionen gaben. Unsere Berliner Kollegen dürfen beim Lesen der oben angeführten Lohnaufbesserung nicht außer Acht lassen, daß die Erhöhung nur für nicht gewährte freie Tage in Frage kommt. Hat also ein im Monatslohn stehender Angestellter jeden ihm zustehenden freien Tag erhalten — also für jede Woche einen — so erhält er keine Erhöhung. Zwar hat Herr Otto auf eine Anfrage erklärt, daß auch diesen die Erhöhung zugute kommen soll, aber andererseits hat man dafür gesorgt, daß in der Zukunft keiner mehr als zwei freie Tage pro Monat erhält. Unter diesen Umständen wird wohl allen Kollegen die Zulage zukommen. Die Direktion hat in einer besonderen Verfügung außerdem darauf hingewiesen, daß die Zulage als eine besondere Unterstützung gilt und daher zur Krankenkasse, Invalidenversicherung und Ruhegehaltskasse nicht veranlagt wird.

*

Die Erhöhung des Gehaltes bei der städtischen Straßenbahn in Spandau.

In der am 18. Februar d. J. stattgefundenen Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich dieselbe nochmals mit den von uns eingereichten Wünschen und erstattete der Stadtverordnete Mund Bericht über die Beschlüsse der Deputation und des Magistrats. Der Magistrat ist mit seinen Gehaltssätzen, wie nachfolgende Aufstellung ergibt, über unsere Wünsche hinausgegangen, aber der Pferdefuß kam hinterher. Die Regelung der Gehälter ist folgende:

	Lohnverhältnisse der Schaffner früher Mk.	der Schaffner jetzt Mk.	der Fahrer früher Mk.	der Fahrer jetzt Mk.
im ersten Jahre	100,—	123,20	115,—	131,60
„ zweiten „	103,—	123,20	115,—	131,60
„ dritten „	103,—	123,20	115,—	131,60
„ vierten „	107,—	131,60	123,—	140,—
„ fünften „	107,—	131,60	123,—	140,—
„ sechsten „	107,—	131,60	123,—	140,—
„ siebenten „	114,—	140,—	130,—	148,40
„ achten „	114,—	140,—	130,—	148,40
„ neunten „	114,—	140,—	130,—	148,40
„ zehnten „	121,—	145,60	135,—	154,—
„ elften „	121,—	145,60	135,—	154,—
„ zwölften „	121,—	145,60	135,—	154,—
„ dreizehnten „	128,—	154,—	142,—	162,40
„ vierzehnten „	128,—	154,—	142,—	162,40
„ fünfzehnten „	128,—	154,—	142,—	162,40

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß der Magistrat über die Wünsche der Kollegen hinausgegangen ist, jedoch sind die alten Fahrer nicht so berücksichtigt worden, als wir es gewünscht haben. Aber noch eins kommt hinzu und dieses mögen sich die Kollegen merken:

Die ganze Regelung hat nur bis zum 1. April Gültigkeit.

Daran ist klar ersichtlich, daß der Magistrat nicht aus sozialem Gefühl für die Angestellten die Regelung vorgenommen hat, sondern um Zeit zu gewinnen und um den Angestellten Sand in die Augen zu streuen. Nach den Ausführungen des Herrn Stadtrat Dr. Wölk soll bis zum 1. April die Gewinnbeteiligung der Angestellten geregelt sein. Wir sind aber der Meinung, daß dieses alles nur ein Manöver ist, um die Angestellten von ihrer Organisation abzubringen, um nachdem die Bewilligung wieder rückmachen zu können.

Wenn auch der Magistrat höhere Entschädigungen vorgesehen hat, so ist aber eine Regelung der Arbeitszeit nicht vorgenommen worden. Wir wünschen eine Regelung dahin, daß für Schaffner eine Arbeitszeit von 10, für Fahrer eine solche von 9 Stunden festgelegt werden sollte. Dieser Antrag wurde auch vom Stadtverordneten Herrn Piek gestellt, jedoch ebenso, wie die Gewährung von vier freien Tagen im Monat, abgelehnt. Es bleibt demnach eine 12- bis 13-stündige Arbeitszeit bestehen. Wenn auch der Herr Stadtverordnete Weber für das Entgegenkommen für die Angestellten sehr dankbar ist, so ist es unseres Erachtens noch lange kein theatralisches Verhalten, wenn jemand eine Regelung der Arbeitszeit beantragt. Wenn es nach Herrn Weber ginge, würde er seine Töpfergesellen am liebsten auch 11 Stunden arbeiten lassen. Natürlich dürfte von einer Extrabezahlung der Ueberstunden keine Rede sein. Wenn auch weiter von Herrn Weber darauf hingewiesen worden ist, daß die in den königlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter jetzt keinen freien Sonntag haben, so vergißt der Herr doch, daß die Straßenbahner dem Wind und Wetter ausgesetzt sind und möchten wir einmal den Herrn sehen, wenn er sechs Stunden und mehr hintereinander Dienst verrichten sollte, ob er nicht selbst sagen würde, hier muß eine Regelung erfolgen. Herr Stadtverordneter Weber, es läßt sich ganz gut sagen, aber selber machen, ist etwas anderes.

Der Herr Stadtverordnete Bender hat auch nicht recht mit seinen Ausführungen, daß es nur in Spandau mit seinen eigenartigen Arbeitsverhältnissen jetzt möglich sei, Lohnerhöhungen durchzudrücken. Nein, Herr Bender, dieses ist nicht der Grund, sondern es ist den Angestellten infolge der erhöhten Lebensmittelpreise eben nicht mehr möglich, eine Familie zu ernähren. Die Angestellten der Straßenbahn hatten immer geringere Bezüge als die in anderen Betrieben Beschäftigten. Wenn sich auch der Herr Oberbürgermeister, Geheimrat Kötze, gegen die Ausführungen des Stadtverordneten Piek verwahrt, daß er arbeiterfeindlich wäre, so liegen doch soviel Verfügungen und Verbote, die die Unterschrift des Herrn tragen, vor, die eine solche erkennen lassen, und werden wir von jetzt ab alle arbeiterfeindlichen Maßnahmen des Herrn Oberbürgermeisters zur öffentlichen Kenntnis bringen. Den Kollegen Straßenbahnern aber rufen wir zu:

Laßt Euch nicht von den Versprechungen irreleiten!

Schließt Euch alle Eurer Berufsorganisation an, damit in der Kriegszeit wenigstens das jetzt Erreichte gehalten werden kann. Führt den letzten Kollegen der Organisation zu, dann wird es möglich sein, auch über den 1. April hinaus die jetzt bewilligten Löhne zu erhalten.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats sollen Frauen als Schaffnerinnen eingestellt werden. Diesen Frauen soll nach uns zugegangenen Mitteilungen eine Entschädigung von 40 Pf. pro Stunde gezahlt werden, und ist daraus der Schluß zu ziehen, daß der Magistrat versuchen wird, die bewilligten Löhne nach dem ersten April wieder herabzusetzen. Kollegen! Wollt Ihr diesen Plan des Magistrats entgegnen, so schließt Euch noch fester der Organisation an. Macht den letzten Kollegen auf die Notwendigkeit des Anschlusses an die Organisation aufmerksam.

*

Weibliche Straßenbahner.

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn in Düsseldorf hat jetzt auch Frauen als Schaffner auf die Wagen gestellt. Zur Begründung ihrer Maßnahmen führt sie an, daß männliche Kräfte bei ihr keine Arbeit mehr annehmen. Das ist glaubhaft. Denn bei einem Arbeitslohn von 3,75 Mk. pro Tag ist es jetzt keinem Manne mehr möglich, eine Familie zu ernähren. Würde die Bahnverwaltung den Tagelohn auf 5 Mk. erhöhen, so wären sicher genügend Arbeitskräfte vorhanden. Die Direktion der Bahn hatte zunächst an die Frauen der im Felde stehenden Angestellten ein Zirkular nachfolgenden Inhalts verschickt:

„Betriebs-Direktion
der Straßenbahnen der
Stadt Düsseldorf.

Düsseldorf, den 20. Jan. 1915.

P. P.

Einem Wunsche entsprechend beabsichtigen wir, evtl. die Frauen unserer im Felde stehenden Angestellten als Schaffnerinnen einzustellen.

Wir fragen deshalb an, ob Sie bereit sind, bis auf weiteres diesen Dienst zu versehen?

Die Dienstzeit wird zwischen 7 bis 8 Stunden täglich betragen und möglichst nur vormittags oder nachmittags zu leisten sein, so daß Zeit zur Besorgung des Haushaltes verbleibt.

Als Entschädigung würden wir stündlich 35 Pf. zahlen, während zwei freie Tage im Monat mit 2,80 Mk. pro Tag vergütet werden.

Während der Ausbildungszeit erhalten Sie 2 Mk. täglich. Der verbleibende Rest von 80 Pf. pro Ausbildungstag wird bei einem nicht freiwilligen Austritt, jedoch nicht vor Ablauf einer zweimonatlichen Dienstzeit, ausbezahlt.

Uniform, bestehend aus Mütze, lanzschößiger Jacke oder Mantel werden von uns unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Außerdem wird ein Tuch-Reformbeinkleid, welches später Ihr Eigentum wird, geliefert.

Falls Sie bereit sind, den Dienst zu übernehmen, bitten wir den beiliegenden Fragebogen uns baldmöglichst vormittags zwischen 9—11½ Uhr ausgefüllt zu übergeben, bei welcher Gelegenheit gleichzeitig die ärztliche Untersuchung auf Seh- und Hörvermögen usw. stattfinden könnte.

Falls Sie aus irgendwelchen Gründen von einer Beschäftigung absolut absehen, bitten wir uns dies möglichst umgehend mitzuteilen.

geübt. Das Wirtschaftsleben habe sich im vierten Quartale gehoben, was aber lediglich auf die Kriegslieferungen zurückzuführen sei. Zu befürchten wäre, daß nach Beendigung des Krieges die Arbeitslosigkeit stärker hervortrete, indem ein nicht unerheblicher Teil der jetzigen Erwerbsmöglichkeit eingeschränkt, wenn nicht ganz stillgelegt würde. Es sei deshalb unter allen Umständen notwendig, der Organisation die Treue zu bewahren, um auch den im Felde stehenden Kollegen zu zeigen, daß der Organisationsbau erhalten geblieben sei. Auch nach dem Kriege würden sehr große Anforderungen an den Verband gestellt werden, so daß es Aufgabe aller Mitglieder sei, für den weiteren Bestand der Organisation Sorge zu tragen. Zu bedauern sei, daß ein Teil der Kollegen ihren Austritt damit zu motivieren suchte, daß der Vorstand zu Beginn des Krieges die Krankenunterstützung aufgehoben habe, um alle verfügbaren Gelder für die Arbeitslosen bereit zu stellen. Inzwischen habe der Vorstand die Krankenunterstützung, wenn auch nur im beschränkten Maße, wieder eingeführt, was zweifellos darauf hindeute, daß der Verband den Kriegswirren standhalten werde. Die vorgenommenen Wahlen für die Ortsverwaltung und Gauvorstand gingen glatt von statten. Zu der Kopfsteuer von 50 Pfennig pro Mitglied für das Gewerkschaftshaus soll in der nächsten Generalversammlung, wenn genaue Unterlagen vorliegen, Stellung genommen werden.

Hamburg. Generalversammlung am 3. Februar. Seit der letzten Versammlung sind auf dem Schlachtfelde gefallen die Kollegen Wilh. Cramer, Ernst Jeby, Wilh. Bauermann, Karl Brennecke; am Orte verstorben Herb. Schultz, Otto Schröder, L. Gardeleben, Heinr. Schönfeld. Das Andenken derselben wird von den Anwesenden in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende bedauerte dann den schlechten Besuch der heutigen Generalversammlung, die doch wegen des Jahresberichts sehr wichtig ist. Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, habe die Ortsverwaltung von der Herausgabe eines gedruckten Berichts Abstand genommen und sie schlage auch vor, die Versammlungen bis auf weiteres höchstens alle zwei Monate stattfinden zu lassen. Dem wird nicht widersprochen.

Den Kassenbericht erstattet Kollau. Einer Gesamteinnahme von 45 235,39 Mk. steht eine Ausgabe von 43 305,67 Mk. gegenüber. Die Mehreinnahme von 1929,72 Mk. erhöhte unseren Gesamtkassenbestand auf 37 544,23 Mk. Unter den örtlichen Ausgaben figurieren die Unterstützungen mit 3266,05 Mk., Agitation und Arbeitsnachweis mit 1253,80 Mk. Die Abführungen an die Hauptkasse betrugen in bar 6915,80 Mk., in Quittungen über gezahlte diverse Verbandsunterstützungen 20 632,95 Mk. Es verblieb uns am Jahresschluß ein Guthaben bei der Hauptkasse von 2060,50 Mk., das im nächsten Quartal zur Ausgleichung kommt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Zum Jahresbericht führte Michaelsen folgendes aus: Trotz der noch nicht überwundenen wirtschaftlichen Depression, die im 1. Halbjahr auf dem Erwerbsleben lastete und besonders das Handelsgewerbe stark in Mitleidenschaft zog, konnten wir für diese Zeit noch eine ruhige Weiterentwicklung unserer Verwaltungsstelle konstatieren. Eine Erhöhung des Mitgliederbestandes war allerdings nur vorübergehend zu verzeichnen. Wie im Bericht des Vorjahres schon ausgeführt, waren die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs wohl zum großen Teil auf politischem Gebiete zu suchen; kriegerische Verwicklungen in unseren überseeischen Absatzgebieten beeinflußten Handel und Verkehr. Da kam der Krieg mit seiner vernichtenden Wirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben. Unter dem Drucke der damit einsetzenden besonderen Schwierigkeiten für die Organisation, die auf der einen Seite eine große Zahl ihrer Mitglieder unter die Waffen treten sehen mußte, während auf der andern Seite die Arbeitslosigkeit eine rapide Steigerung erfuhr, war unser Verband, gleich den anderen, gezwungen, besondere Maßnahmen zu ergreifen, um den Bestand der Organisation während des Krieges zu sichern. In der Durchführung dieser Maßregeln sind wir auf besondere Schwierigkeiten nicht gestoßen, die Mitglieder haben im allgemeinen denselben Verständnis entgegengebracht. An Arbeitslosenunterstützung wurden von Kriegsbeginn bis Jahresschluß 12 618,70 Mk. gegen 3849,30 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres ausgezahlt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug nach dem Bestande am Schlusse der einzelnen Monate von Juli bis Dezember 1269 (414), der Gesamtarbeitslosentage 22 422 (7167), der unterstützten Tage 11 465 (3352). Die Mehrzahl der in Frage kommenden Kollegen bezog die Unterstützung in voller statutarischer Höhe. Der vom Verband eingeführte Notstandsfonds hat auch in unserer Mitgliedschaft Solidarität gefunden, was mit Genugtuung konstatiert werden soll. An Einnahmen zu diesem Fonds buchten wir 1606,25 Mk., an Ausgaben dagegen 1963,60 Mk.; die Mehrausgabe von 357,35 Mk. bleibt noch zu decken.

Unser Mitgliederbestand, der bei Kriegsbeginn 2020 Kollegen betrug, ist bis zum Jahresschluß auf 1355 zurückgegangen; 470 Kollegen sind einberufen und als zunächst ausgeschieden betrachtet, sie treten nach ihrer Rückkehr selbstverständlich in ihre bisherigen Rechte wieder ein, sobald sie sich melden, 195 gingen der Organisation auf andere Weise verloren. Das macht einen durch den Krieg bedingten Gesamtverlust von 665 Mitgliedern. Auf dem Schlachtfelde gefallen sind 10 Kollegen. Mit den Kollegen im Felde unterhalten wir laufend Fühlung, indem wir ihnen den „Courier" regelmäßig zusenden, außerdem schickten wir an alle diese, soweit die Adressen uns bekannt, zu Weihnachten je ein Liebesgabenpäckchen mit Tabak. An zahlreichen Dankschreiben ist ersichtlich, mit wie lebhafter Freude dies von den Kollegen im Felde anerkannt wird. Dies trifft auch bezüglich der Weihnachtsunterstützung zu, die den Frauen derselben ausbezahlt wurde. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß unsere Verwaltungsstelle diese schwerste aller Krisen verhältnismäßig gut überstanden hat. Es stehen uns aber noch große Aufgaben bevor. Man denke an die Rückkehr der Kollegen, die größtenteils Krankheiten als Folge der furchtbaren Strapazen mitbringen werden und denen gegenüber der Verband die Unterstützungspflichten zu erfüllen hat. Es wird dann auch unsere vornehmste Aufgabe sein, alles dranzusetzen, die Organisation wieder vorwärts zu bringen.

Ueber die sonst entwickelte Tätigkeit ist noch folgendes zu berichten: Versammlungen fanden 10 statt, davon 6 mit Vorträgen geschichtlicher oder belehrender Natur. Sitzungen der Ortsverwaltung oder Kommissionen haben 127 stattgefunden. Mündliche Auskünfte in Rechtssachen, besonders im Verhältnis zum Arbeitgeber, in Versicherungssachen usw. wurden in 504 Fällen erteilt. An Ein- und Ausgängen von Postsendungen wurden 1147 bzw. 9294 registriert. Bei den stattgefundenen Lohnbewegungen haben wir in zwei Fällen Tarifabschlüsse erzielt, nämlich für 28 Arbeiter der Lampen-Exportfirma Carl Meyer u. Co. und für 50 Kassierer der Hafendampfschiffahrt-Aktiengesellschaft. Letzterer umfaßt auch die anderen Kategorien, die für Verwaltung 1 und den Verband der Maschinisten und Heizer in Frage kommen. In beiden Fällen wurden Verbesserungen für die Arbeiter herausgeholt. Weiter wurden für 23 Arbeiter der „Glasuritwerke", für 18 Arbeiter der Firma E. Michaelis u. Co. und für 8 Arbeiter der Firma R. Klippen u. Co. durch unser Eingreifen nennenswerte Erfolge erzielt. Unser Tarifverhältnis zu den verbündeten Firmen der Detailbranche (Warenhäuser), denen sich inzwischen auch die Firma Rud. Karstadt angeschlossen hatte, lief mit dem 30. Juni ab. Einen Neuabschluß auf Grund eines eingereichten verbesserten Entwurfes widersetzten sich die Arbeitgeber. Dank der grenzenlosen Lauheit der Arbeiter ist es uns unmöglich gewesen, noch etwas zu erreichen. Die uns angebotene dreijährige Verlängerung des alten Tarifes haben wir aber auch abgelehnt und haben uns lieber mit dem Zustand der Tarifslosigkeit vorübergehend abzufinden, um bei sich bietender Gelegenheit die Frage wieder neu aufzurollen. Alles in allem war die Tätigkeit der Ortsverwaltung eine recht vielseitige. Sie glaubt, nach bestem Können ihre Pflicht getan zu haben. Allen Funktionären und Mitgliedern, die sich in den Dienst unserer Sache stellten, gebührt unsere Anerkennung. Einem Vorschlag der Ortsverwaltung, in Anbetracht der Zeitverhältnisse heute von einer Neuwahl der Ortsverwaltung und sonstigen Funktionären abzusehen und diese bis zur Beendigung des Krieges oder bis zum nächsten Jahr zu verschieben, wird allseitig zugestimmt. Im Anschluß hieran berichtet Dahrendorf über die Beteiligung unserer Mitgliedschaft an der „Volksfürsorge" und stellt fest, daß auch hier der Krieg hinsichtlich der Agitation wohl eine hemmende Wirkung ausübte, jedoch blieben die laufenden Versicherungen fast vollzählig ohne Zahlungsverzug intakt. Wir verrechneten 775 Mk. für 49 Versicherte. Es sei hier noch der „Produktion" gedacht, die in anerkennenswerter Weise den Gewerkschaften wöchentlich Gutscheine auf Brot zur Verteilung an arbeitslose Mitglieder zur Verfügung stellte und so die Not der arbeitslosen Kollegen, soweit sie auch dort Mitglieder waren, lindern half. In den Monaten September bis Dezember verabreichten wir 371 solcher Bons a 50 Pf. und 131 a 75 Pf., außerdem zu Weihnachten 57 Gutscheine des Gewerkschaftskartells a 100 Pf.

Eine Debatte über die Berichte wurde nicht beliebt. Ueber den Arbeitsnachweis berichtete Kollau. Es meldeten sich arbeitslos 1708 Kollegen; an Stellen wurden gemeldet 1146 für fest und 2055 zur Aushilfe, besetzt wurden 831 feste Stellen zu Löhnen von 18 bis 32 Mk. pro Woche. 288 jugendliche Mitglieder wurden in Stellung gebracht mit Wochenlöhnen von 10 bis 17 Mk. 2055 besetzte Aushilfsstellen brachten für die Beteiligten einen Gesamtverdienst von 15 777 50 Mark. Da mit Kriegsbeginn der Arbeitsmarkt still lag und sich erst mit Anfang Dezember wieder belebte, ist das verhältnismäßig ungünstige Resultat unseres Nachweises erklärlich. Jetzt, wo die Zustände auf dem Arbeitsmarkt wieder einigermaßen normal sind, sei die Kollegenschaft angespornt, alle bekannt werdenden freien Stellen rechtzeitig zu melden und auch bei eigenem Wechsel der Stellung dies nicht zu vergessen.

Es kommt dann ein Brief eines Kollegen in Los Angeles, Californien, zur Verlesung. Es handelt sich um den Kollegen F. Rutzen, der seit zirka zwei Jahren drüben lebt, aber mit uns in dauernder Fühlung blieb. Er sandte 80 Mk. zur Begleichung der Beiträge für ein Jahr und bestimmte den Rest von 45 Mark für den Notstandsfonds, eine vorbildliche Betätigung der Solidarität. Das Schreiben enthält sehr anschauliche Schilderungen der Stimmung in Californien, die bisher sich überwiegend gegen Deutschland richtete. Der Brief bestätigt noch, daß als Rückwirkung der europäischen Ereignisse drüben eine erschreckende Arbeitslosigkeit Platz gegriffen hat. Nachdem noch die Kollegen Koeppen, Grentzebach, Hohn, Heise, Becker, Willert, Schulz, Pücher und Beneke als Bezirkskassierer bestätigt waren, fand Schluß der Versammlung statt.

Hof i. B. In unserer letzten Generalversammlung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des Kollegen Künzel in üblicher Weise geehrt. Dann wurde der Jahresbericht gegeben. Im ersten Halbjahr gelang es, die Mitgliederzahl von 163 auf 198 zu steigern. Mit dem Ausbruch des Krieges wurde auch die Agitation lahm gelegt; 83 Kollegen mußten ins Feld ziehen. Lohnbewegungen konnten ebenfalls nicht durchgeführt werden. Es ist nur zu wünschen, daß die Organisationstätigkeit der daheimgebliebenen Kollegen auch während des Krieges nicht erlahmt. Die Einnahmen inkl. Kassenbestand betrugen im 4. Quartal 1600,65 Mk., die Ausgaben 1214,63 Mk., so daß ein Kassenbestand von 386,02 Mark verbleibt. Unterstützungen wurden gezahlt: an Arbeitslose 1163,70 Mk., an Kranke 366,50 Mk., an Kriegerfamilien 547 Mk., an Notfallunterstützung 100 Mark, Beerdigungsbeihilfe 60 Mk. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Die bisherige Verwaltung wurde einstimmig mit der Weiterführung der Organisationsarbeiten betraut. Nach einer Aufforderung zur regen Entnahme der Extramarken und fleißigen Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Jena. Generalversammlung am Sonnabend, den 16. Januar. Zunächst wurde Bericht vom vierten Quartal erstattet. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Bevollmächtigte gab hierauf den Jahresbericht. Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten mußten 56 Versammlungen und Sitzungen abgehalten werden. An Unterstützungen wurden in dem verflossenen Jahre von der Ortsverwaltung Jena 3121 Mark gezahlt, davon sind 950 Mark an die Frauen der Kriegsteilnehmer gezahlt worden. Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Der Versammlungsbesuch läßt leider zu wünschen übrig. Die Kollegen sollten in dieser ernsten Zeit bedenken, daß die ungewisse Zukunft, der wir entgegengehen, einen festen Zusammenschluß der Arbeiter bedingt. Hoffentlich kommt diese Einsicht nicht zu spät. Genosse Euchler gab dann noch einige Erläuterungen über die „Weimarische Volkszeitung" und forderte die Kollegen auf, mit dafür zu sorgen, daß auch während der Kriegszeit in keiner Arbeiterwohnung das Arbeiterblatt fehle.

Kiel. In der Generalversammlung am 29. Januar wurde vorerst das Andenken der im Felde gefallenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß von 3015 Mitgliedern 855 zum Heeresdienst eingezogen sind. An agitatorischer Tätigkeit hat es die Ortsverwaltung nicht fehlen lassen, leider haben eine Anzahl Kollegen im Laufe des letzten Halbjahres ihren Austritt erklärt mit der faulen Ausrede, weil die Krankenunterstützung nicht mehr gewährt würde. Die Gesamteinnahmen betrugen 125 683,78 Mk. Lokalausgaben 38 515,06 Mk. An die Hauptkasse gesandt 52 427,34 Mk., so daß ein Bestand von 34 741,38 Mk. verbleibt. Für Unterstützung an die Kriegerfamilien wurden 2766 Mark ausgegeben. Die Wahl zur Ortsverwaltung ergab: Bevollmächtigter Valentin, Kassierer Müller, Schriftführer Landre, Beisitzer: Plambeck, Ivers, Stroth, Wedemeier, Kraus, Thiel, Schwarm, Jäkin und Frau Barthels. Revisoren: Graf, Schönfeldt, Kröger. Die neue Verwaltung will sich mit allen Kräften bemühen, die Organisation während des Krieges nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch vorwärts zu bringen.

Königsberg i. Pr. Nachdem unsere Mitgliedschaft während der sechs Kriegsmonate keine Versammlung abgehalten, fand mit Genehmigung des Gouverneurs am Sonntag, den 31. Januar unsere Jahresgeneralversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken von 17 im letzten halben Jahr verstorbenen Kollegen. Warme Worte widmete der Vorsitzende den 33 auf dem Schlachtfelde gefallenen Berufskollegen, von denen viele eifrige Mitarbeiter in der Organisation gewesen seien.

Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Werner. Er führte aus, daß uns der Krieg mitten in unserer Organisationsarbeit überraschte, während wir bestrebt waren, die Beitragsregulierung vorzunehmen, welche auf dem Kölner Verbandstag beschlossen wurde. Die ersten zehn Mobilmachungstage rissen 1100 Kollegen aus unseren Reihen, während ein anderer Teil sich weigerte, weiter ihre Verbandsbeiträge zu zahlen, da nach ihrer Ansicht die Auflösung der Gewerkschaften in einiger Zeit kommen würde. Es hat ganz energischer Arbeit bedurft, diese abtrünnigen Kollegen von ihrem verkehrten Standpunkt abzubringen. Heute stehen von unseren Berufskollegen 1640 im Felde, während 1015 Mitglieder noch am Orte vorhanden sind. Redner erläuterte dann die in der Kriegszeit getroffenen Maßnahmen unseres Verbandsvorstandes, welche in Anbetracht der Verhältnisse dringend erforderlich waren, um das Fortbestehen der Organisation nicht in Frage zu stellen. Es sei zu bedauern, daß die Beschlüsse unseres Vorstandes von einem Teil der Kollegen nicht verstanden wurden und daß diese gegen unsere Organisation Stellung nahmen. Da uns jede Versammlungsmöglichkeit fehlte, konnte von seiten der Verwaltung nicht immer in der notwendigen Weise dieser unsolidarischen Handlungsweise der betreffenden Kollegen entgegengetreten werden.

Mit der Zeit sind auch diese Nörgler verstummt. Ein großer Teil Arbeit wurde in der Fürsorge unserer Kriegerfrauen geleistet, welchen neben baren Unterstützungen in Höhe von 14 000 Mk. mit Rat und Tat geholfen wurde. Leider müsse gesteigt werden, daß nur ein geringer Prozentsatz der Kollegen für den Notstandsfonds zahle, so daß es mitunter an Mitteln fehle, in Fällen der Not genügend eingreifen zu können. Redner hoffe, daß die Opferwilligkeit der zurückgebliebenen Kollegen steigen werde. Der Kassenbericht zeige nicht die günstige Finanzlage wie bisher, da ein erheblicher Teil der Einnahmen fehle, die Ausgaben aber infolge der vielen Unterstützungen ganz gewaltig gestiegen seien. Der Hauptvorstand mußte verschiedentlich Zuschüsse leisten, damit die Unterstützungen in der notwendigen Weise gezahlt werden konnten.

Im 3. und 4. Quartal haben keine Lohnbewegungen stattgefunden, da die jetzige Zeit nicht zu wirtschaftlichen Kämpfen geeignet sei. Auch für die Zukunft werde man beim Tarifablauf darauf bedacht sein müssen, die Verbesserungen im Wege friedlicher Vereinbarungen durchzuführen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, treu zur Fahne zu halten und die Organisation vor Schaden zu bewahren. Wir seien es unseren im Felde stehenden Kollegen schuldig, unsere Organisation kampffähig zu erhalten, um allen Gelüsten der Unternehmer nach Lohnherabsetzungen mit Erfolg entgegentreten zu können. Die

einsetzende Diskussion war mit den Maßnahmen der Verbandsleitung voll einverstanden und wurde der Geschäftsleitung für das verflossene Jahr einstimmig Entlastung erteilt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt; die Plätze der im Felde stehenden Ortsverwaltungsmitglieder sollen bis zu deren Wiederkehr unbesetzt bleiben. Ebenso erfolgte Wiederwahl der übrigen Verwaltungskörper.

Mannheim-Ludwigshafen. Am Sonntag, den 14. Februar, hielt die Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab, in welcher der Tätigkeitsbericht erstattet und die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen wurde. Zu letzterem Punkte stimmte die Versammlung einem Antrag einstimmig zu, der dahingehend lautete, daß in Anbetracht der jetzigen Zeit man die Geschäfte der Ortsverwaltung in Händen der noch vorhandenen Vorstandsmitglieder belassen solle.

Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, daß während des ganzen Berichtsjahres die Transportarbeiter nicht auf Rosen gebettet waren. Im ersten Halbjahre herrschte eine umfangreiche Arbeitslosigkeit und als man glaubte, diese Krise behebe sich wieder, kam der furchtbare Weltkrieg, der bis zum Schlusse des Jahres nahezu 50 Prozent der männlichen Mitglieder zur Verteidigung des Vaterlandes abrief. Von den im Felde stehenden Mitgliedern wurden uns bis Schluß des Jahres 28 als gefallen gemeldet.

Trotz der schlechten Geschäftskonjunktur wurden im Berichtsjahre 14 Lohnbewegungen in 58 Betrieben für 1187 Beteiligten geführt und erfolgreich beendet. Das Resultat war, daß für 1153 Beteiligte eine Lohnerhöhung von wöchentlich 2008,80 Mk. erreicht wurde. Außerdem bezweckten 51 Beteiligte eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 161 Stunden. Nach Branchen waren an den Bewegungen beteiligt: Kutscher und Mitfahrer 342, Handelsarbeiter 224, Verkehrsarbeiter 550, Reinigungsarbeiter 72. Für 493 Beteiligte wurden Tarifverträge erneuert bzw. neu abgeschlossen. Bis zum Schlusse 1914 bestanden in der Ortsverwaltung, mit Arbeitgebern bzw. deren Organisationen 27 Tarifverträge in 138 Betrieben für 2408 Beteiligte.

Eine Versammlung am 29. Dezember beschloß, die Tarifverträge im Hafengebiet, die für alle Arbeiter am Hafen und in der Schiffahrt in Betracht kommen, nicht zu kündigen. Da auch die Arbeitgeber von einer Kündigung keinen Gebrauch machten, so laufen die Tarife stillschweigend ein Jahr weiter.

Die Arbeitsvermittlung hatte folgende Frequenz: Gemeldet wurden 113 Stellen. Besetzt wurden 94 und zwar für fest 61, für Aushilfsarbeit 33.

Haben wir durch Lohnbewegungen während des Krisenjahres schon unser möglichstes getan, so erfüllte die Organisation durch Auszahlung von Unterstützungen in dieser schweren Zeit erst recht ihren Zweck. Trotzdem wir infolge des Krieges mit einer Mindereinnahme von 13 700 Mk. rechnen mußten, war die Höhe der ausgezahlten Unterstützung um 8447,80 Mk. höher als im Vorjahre. Insgesamt wurde ausgezahlt 38 223,61 Mk., davon erforderte die Ausgabe für Lohnbewegung nur die verhältnismäßig niedere Summe von 900 Mk. Dafür mußte für Arbeitslosenunterstützung der dreifache Betrag gegenüber dem Vorjahre aufgebracht werden. Die Krankenunterstützung, die nur bis zum 15. August zur Auszahlung gelangte, war nur um 1300 Mk. niedriger gegenüber 1913. Die Familienunterstützung an Kriegsangehörige erforderte den Betrag von 5704 Mk. Gewiß eine Leistung, die sich sehen lassen kann, zumal im Verbandsstatut für eine derartige Unterstützung nichts vorgesehen ist. In den ersten Wochen des Krieges, als die Büros der einzelnen Kriegsunterstützungseinrichtungen noch nicht richtig funktionierten, war der Andrang im Büro ein geradezu beängstigender. Er hat später nachgelassen, zumal auch die Frauen einsehen mußten, daß wir nicht dazu berufen sind, lediglich unsere Mittel an sie auszuhändigen, sondern noch andere mindestens ebenso wichtige Aufgaben, die statutarisch vorgesehen sind, zu erfüllen haben.

Daß die Organisationen als Vereinigungen gegründet wurden, die in allererster Linie die Aufgabe haben, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, das haben auch während des letzten halben Jahres viele Kollegen verkannt. Viele halten den Verband nur noch als Unterstützungsverein und wenn notgedrungen einmal eine oder die andere Unterstützungsart eingeschränkt oder zeitlich aufgehoben werden muß, so glauben sie, den Zeitpunkt für gekommen zu halten, einen Grund zum Austritt zu haben. Daß sie damit ihre langjährige Mitgliedschaft verscherzen und später, nach dem Burgfrieden die dringende Frage: wie schaffen wir uns höhere Löhne, um unsere Existenz fristen zu können, an sie herantritt, dann erst wird sich so mancher an die Stirne greifen und sagen, was war ich damals ein Tor, daß ich meinem Verbande den Rücken gekehrt habe.

Aber auch eine unverzeihliche Verantwortungslosigkeit bedeutet es, wenn Kollegen die Fahnenflucht in dem Augenblick ergreifen, wo tausende ihrer Arbeitsbrüder auf dem Schlachtfelde ihr Leben und ihre Gesundheit opfern müssen im Allgemeininteresse, während den Daheimgebliebenen das Glück beschieden ist, täglich unter geregelten Verhältnissen bei Weib und Kind bleiben zu können.

Wenn angesichts dieser Tatsache es noch solch egoistisch veranlagte Elemente gibt, die nur sich im Augenblick kennen, bei denen jeder Solidaritätsgedanke getötet ist, so wäre denen nur zu wünschen, daß sie recht bald ebenfalls die Schrecken des Krieges und die damit verbundenen Entbehrungen kennen lernen müßten.

In der Diskussion war dies auch mit ein Hauptgegenstand. Allgemein stand man auf dem Standpunkt, daß allen denen, die während des Krieges ausgetreten sind, trotzdem sie in Arbeit gestanden haben, eine Nachzahlung der Beiträge nicht gewährt wird. Dem Vorstand wurde weiter anheimgegeben, von dem Statut insofern Gebrauch zu machen, daß diese später, wenn sie wieder, notgedrungen, den Weg zur Organisation finden, nur gegen Entrichtung einer erhöhten Eintrittsgebühr aufgenommen werden.

Dann fand die sachlich verlaufene gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Meißen. Am 6. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der auf dem Felde gefallenen Kollegen. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal. Kassenbestand vom 3. Quartal 462,72 Mk. Die Einnahme betrug 1010,75 Mark, die Ausgabe 659,95 Mk. An die Hauptkasse wurden 707,95 Mk. abgeführt, so daß ein Kassenbestand von 105,57 Mk. verbleibt.

Der Vorsitzende gab einen kurzen Geschäftsbericht. Er wies darauf hin, daß der Krieg auch in unserer Zahlstelle sich erheblich geltend gemacht hat, indem bis jetzt 95 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen wurden. 34 Mitglieder mußten gestrichen werden. Die Mitgliederzahl am Schluß des Quartals betrug 134. Zum Notstandsfonds wurden 480 Stück Marken in den Monaten Oktober, November und Dezember umgesetzt, ein nicht besonderes Zeichen an Opferwilligkeit. Muß man doch bedenken, daß unsere Kollegen im Felde weit mehr zu leisten haben. Die Wahlen der Ortsverwaltung ergaben folgendes Resultat: Bevollmächtigter Schlawitz, Kassierer Schrama, als Ersatzmänner Thomas und Schramm, Schriftführer Schönfeld, Revisoren: Wilhelm und Spalteholz, Karteldelegierte: Thomas und Schramm. Der Vorsitzende forderte auf, auch in diesem Jahre rege für den Verband zu agitieren.

Solingen. Die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle fand am Sonntag, den 24. Januar, statt. Bei Eröffnung der Versammlung lief die Nachricht ein, daß der Kollege Heinrich Wischmann ein Opfer des Krieges geworden ist. Sein Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt. Es wurden dann vom Vorsitzenden einige geschäftliche Mitteilungen gemacht. Es lag ein Schreiben des Gewerkschaftskartells vor, worin ersucht wurde, die Gewerkschaftshäuser Solingen und Wald durch Besuch zu unterstützen. Es wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß viele Kollegen die bürgerlichen Lokale ständig besuchten, dagegen das eigene Heim nicht beachteten. Wer heute noch in der Lage sei, Geld für derartige Zwecke zur Verfügung zu haben, der müsse es sich zur Pflicht machen, das Gewerkschaftshaus zu unterstützen. Ebenso sei es mit der Arbeiterpresse. Viele Kollegen können sich noch nicht dazu aufschwingen, die Arbeiterpresse zu abonnieren. Auch dieses müsse zu Beschwerden für die Zukunft keine Veranlassung mehr geben. Jedes Mitglied müsse sich bewußt sein, daß nur die Arbeiterpresse es sei, welche die Interessen der Arbeiter bei jeder Gelegenheit vertritt. Infolgedessen sei es Pflicht, diese durch Abonnements zu unterstützen. — Kollege Müller gab dann den Kassenbericht des 4. Quartals sowie einen Bericht vom Jahre 1914. Nach dem Kassenbericht sind im 4. Quartal 2376 Beitragsmarken verkauft worden. Neuaufnahmen waren 6 zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen betrugen 1864,35 Mk. inkl. des Kassenbestandes von 184,05 Mk. Die Ausgaben betrugen 1820,86 Mk. An Unterstützungen wurden, inkl. der Weihnachtsunterstützung, 731,40 Mk. ausgegeben. Nach Aufklärung über verschiedene Punkte wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. In dem Jahresbericht führte der Koll. Müller folgendes aus: Wenn wir uns zu Anfang des Jahres der Hoffnung hingegeben hatten, daß wir im Jahre 1914 einen Schritt weiter kommen würden, so haben wir uns bitter getäuscht. So weit das erste Halbjahr in Frage kommt, hatte es den Anschein, als wenn unsere Hoffnungen erfüllt würden. Wir hatten bei Ausbruch des Krieges einen Mitgliederbestand von 410, den wir seit unserem Bestehen noch nicht verzeichnen konnten. Der Markenverkauf war ebenfalls im Steigen begriffen und stand, prozentual auf das Mitglied berechnet, mit an erster Stelle im Gau 13. Von weittragender Bedeutung waren weiter die Beschlüsse des Verbandstages betreffs Beitragserhöhung. Aber auch hier kann mitgeteilt werden, daß die Durchführung dieses Beschlusses wohl bei keinem Mitgliede ernstlich Anstoß erregt hat. Austritte hatten wir dieserhalb keine zu verzeichnen. Es kam dann der Krieg und unsere Hoffnungen wurden zu Schanden gemacht. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1914: 187 männliche, 6 jugendliche und 44 weibliche, zusammen 237 Mitglieder. Die Zahl der Beiträge ist von 4725, welche wir im 2. Quartal verkauft hatten, auf 2376 im 4. Quartal zurückgegangen. Am Schlusse des Jahres waren 88 Kollegen eingezogen, von denen leider der eingangs der Versammlung erwähnte Kollege bis jetzt als gefallen gemeldet worden ist. Eine ganze Reihe von Kollegen haben die Flucht ergriffen und der Organisation den Rücken gekehrt. Es hat sich dort gezeigt, daß noch viele Mitglieder den eigentlichen Zweck der Organisation nicht begriffen haben. Sie betrachten die Unterstützungen als Hauptsache. Es mag wohl in den Beschlüssen des Hauptvorstandes und Ausschusses eine gewisse Härte gelegen haben. Aber wir haben alle Pflicht, dafür zu sorgen, den heimkehrenden Kollegen die Organisation so viel als möglich aktionsfähig zu erhalten. Und da kann und muß man von den Kollegen, die daheim bleiben, verlangen können, daß sie bereit sind, in der Stunde der Gefahr auf etwas zu verzichten, worauf sie bei normalen Zeiten Anspruch hatten. Die Zeit wird kommen, wo sie ihre Handlung noch bereuen werden.

An agitatorischer Tätigkeit hat es die Ortsverwaltung nicht fehlen lassen. Es fanden 64 Versammlungen und 79 Sitzungen und Besprechungen statt. Der Gauvorstand war bei 3 Versammlungen und 9 Sitzungen zugegen. Neuaufnahmen hatten wir 95 zu verzeichnen. Während des Kriegszustandes konnte eine intensive Agitationsarbeit nicht geleistet werden. Der schriftliche Verkehr hatte 278 Eingänge und 3086 Ausgänge zu verzeichnen. Der Markenverkauf betrug 15 131 Stück. 3486 Stück weniger als im Jahre 1913. Die Einnahmen der Ortskasse beliefen sich auf 3861,43 Mk. Die Ausgaben auf 3817,94 Mk. Mithin verblieb ein Kassenbestand von 43,49 Mk. Die Hauptkasse erhielt 5938,49 Mk. Davon wurden an Unterstützungen ausgegeben 3649,50 Mk. In sehr hohem Maßstabe wurde die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch genommen. Wie groß die Arbeitslosigkeit im hiesigen Bezirke war, geht daraus hervor, daß in den zwei ersten Kriegsmonaten mehr an Arbeitslosenunterstützungen ausgezahlt wurde, als in 10 Jahren zusammen. — Lohnbewegungen hatten wir im Laufe des Jahres drei zu führen. Davon mußte eine durch Ausbruch des Krieges abgebrochen werden. Die anderen beiden brachten für die beteiligten Kollegen nennenswerte Erfolge. Es waren dann während des Krieges verschiedentlich von den Arbeitern und Unternehmern Aenderungen an den bestehenden Tarifen vorgenommen worden. Es wurden auch hier die tariflichen Verhältnisse wieder hergestellt. Besonders wurde an die Mitglieder das Ersuchen gerichtet, dieses in Zukunft nicht mehr ohne die Zustimmung der Organisation zu machen, da diese doch Trägerin der Tarife sei. — An Vergnügungen wurde, wie alljährlich, ein Ausflug arrangiert. Die Beteiligung war groß. Von der Feier unseres 10jährigen Bestehens wurde wegen des Krieges Abstand genommen. — Nachdem der Kollege Müller noch das einmütige und kollegiale Zusammenarbeiten der Mitglieder in der Ortsverwaltung hervorgehoben hatte, schloß er den Bericht mit einem Dank an alle Kollegen, welche sich im verflossenen Jahre an der Ausbreitung der Organisation beteiligt haben, auch diejenigen, welche heute nicht unter uns sein können. Eine wesentliche Diskussion fand nicht statt. — Es folgte hierauf die Neuwahl der Ortsverwaltung. Es wurden die Kollegen: A. Kratz, C. Peiniger, R. Müller, P. Unshelm, Th. Kupke, C. Rüttgers und C. Hartmann gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen E. Adrion, W. Nierstenhöfer und H. Langenberg gewählt. Die Tagesordnung war somit erledigt. — Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden ermahnt hatte, an der Ausbreitung der Organisation auch im neuen Jahre sich rege zu beteiligen, wurde die ziemlich gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Sonneberg. Am Sonntag, den 10. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Bevor in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung die auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen in bekannter Weise. Sodann wurde der Geschäfts- und Kassenbericht vom Kollegen W. erstattet. Aus demselben war zu entnehmen, daß auch unsere Verwaltungsstelle, die sich in der schönsten Entwicklung befand, durch die Kriegswirren schwer in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Von den am 1. August 1914 vorhandenen 457 Mitgliedern wurden 160 zu den Fahnen einberufen. Der ausgebrochene Krieg hatte sofort eine Situation geschaffen, die in stetiger Arbeitslosigkeit ihren Ausdruck fand. Einzelne Unternehmer glaubten wohl, diese Situation ausnützen zu können, um sich einen Extraprofit zu verschaffen, indem sie sofort nach der Mobilmachung Lohnabzüge in ziemlicher Höhe vornahmen. Denjenigen Kollegen, welche bei Kriegsausbruch glaubten, das Gewerkschaftsleben habe aufgehört, wurden dadurch die Augen geöffnet. Trotzdem gibt es immer noch Kollegen, welche sich zu solidarischem Handeln nicht aufschwingen können. Hoffen wir, daß sich diese Kollegen eines Besseren besinnen und gemeinsam mit ihren Kollegen ihre Interessen vertreten. Der Bericht über die geschäftliche Tätigkeit, die sich hauptsächlich auf das Büro erstreckt, ergab, daß durch die Post 320 Briefe, Karten und Pakete usw. eingeliefert wurden, während Postausgänge aller Art 347 zu erledigen waren. Ein- und Ausgänge, die durch persönliche Uebermittlung ihre Erledigung fanden, waren einige hundert zu verzeichnen. Auch eine ganze Reihe von Rechts- und anderen Auskünften wurden an Kollegen erteilt. Ferner wurden für viele Kollegen Gesuche und Schriftstücke aller Art angefertigt. Der Kassenbericht des letzten Quartals ergab eine Einnahme von 1627,62 Mk. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 1422,54 Mk., so daß noch ein Ortskassenbestand von 205,08 Mk. zu verzeichnen ist. An die Hauptkasse waren abzuführen 1804,38 Mk. In bar wurden abgeführt 404,60 Mk. Mit dem Wunsche, daß jeder in Arbeit stehende Kollege sich nach Kräften an der Leistung der Extrabeiträge beteiligen möge, schloß der Redner seinen Bericht. Die Revisoren berichteten über die abgehaltene Revision und bestätigten die Richtigkeit des Kassenberichtes. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Von Neuwahlen wurde Abstand genommen und für die ins Feld gezogenen Kollegen Ersatzwahlen vorgenommen. Nachdem dann noch von dem Vorsitzenden die Aufforderung an die Anwesenden gerichtet wurde, daß jeder Kollege seine Pflicht gegenüber der Organisation auch in dieser schweren Zeit tun möge, erfolgte Schluß der sachlich und anregend verlaufenen Versammlung.

Spremberg. Am 8. Februar 1915 fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag über: Die Kriegswirren und unser Verband. Ein Vertreter des Gauvorstandes hielt einen längeren, sehr interessanten Vortrag über vorstehendes Thema. Redner geht u. a. auf die schweren Aufgaben der Gewerkschaften bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges ein. Tausende und aber Tausende von Opfern an Arbeiterblut und Gut werde dieser männermordende Krieg kosten. Durch die Einziehung der Heerespflichtigen ist der Rückgang der Mitgliederzahlen in den

Verbandskollegen!

Der Beitrag für die 12. Woche des Jahres 1915 ist fällig.

Gewerkschaften sehr erheblich. Selbstverständlich war es daher notwendig, daß Vorsichtsmaßnahmen zur Erhaltung der Organisation getroffen wurden. Die Aufhebung bestimmter Unterstützungseinrichtungen bei Kriegsausbruch war daher eine eiserne Notwendigkeit. Dies dürfte auch einsichtigen und klarsehenden Kollegen nicht verwunderlich erscheinen und sei es tief bedauerlich, daß ein Teil Kollegen diesen Umstand dazu benutzt hätten, fahnenflüchtig zu werden. Ein Gewerkschaftler, der in Stunden der größten Gefahr die Organisation verlasse, sei allerdings nicht wert, als organisierter Arbeiter angesprochen und beachtet zu werden. Für die Gewerkschafter, die jetzt noch das Glück hätten, zu Hause in Lohn und Brot zu stehen, sei die heiligste Pflicht, die Organisation im Interesse der für das Vaterland und dessen Freiheit kämpfenden Berufskollegen hochzuhalten und weiter auszubauen. Jeder einzelne muß jetzt auch in dieser Beziehung Opfer bringen und alles tun, um das Erbe der im Felde stehenden zu bewahren. Schwere wirtschaftliche Kämpfe werden auch nach der Zeit des „Burgfriedens" ausbrechen und deshalb heiße es auch für die Gewerkschaftskollegen:

Durchhalten!"

Die Ausführungen wurden von der gut besuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Jeder Kollege verpflichtete sich, der Organisation auch jetzt seine ganze Kraft zur Verfügung zu stellen. Es wurde einstimmig der bereits schon gefaßte Beschluß erneuert, zum Notstandsfonds pro Woche einen Extrabeitrag von 25 Pf. zu zahlen.

Weiter wurde beschlossen, beim Hauptvorstand eine Extraunterstützung für die Hinterbliebenen der beiden verstorbenen Kollegen Zech und Noack zu beantragen, welche inzwischen vom Verbandsvorstande bewilligt wurde. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Anfragen und Hinweisen seitens einiger Mitglieder auf den künftigen festen Zusammenhalt, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche, daß die Mitglieder auch die nächste Versammlung recht zahlreich besuchen möchten, die außerordentliche Mitgliederversammlung.

Schwerin. In der letzten Generalversammlung wurde der Jahresbericht gegeben. Die Einnahmen betrugen 7957,76 Mk., die Ausgaben 7428,71 Mk., so daß ein Kassenbestand von 529,05 Mk. verbleibt. Es wurden 26 Versammlungen und 17 Sitzungen abgehalten. Die geplanten Lohnbewegungen konnten wegen Ausbruch des Krieges nur zum Teil durchgeführt werden. Die Mitgliederzahl hatte sich im ersten Halbjahr von 292 auf 330 gehoben. Ins Feld gezogen sind 90 Kollegen. Die alte Verwaltung wurde zum größten Teile wiedergewählt und nach Regelung einiger Internas die Versammlung geschlossen.

Zeitz. Die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle, die den Umständen nach gut besucht war, fand am 9. Januar statt. Der Bericht vom 4. Quartal, der zunächst vom Kassierer gegeben wurde, gestaltete sich wie folgt:

Einnahme:

2 Beitrittsgelder a 1 Mk.	2,— Mk.
13 Wochenbeiträge a 75 Pf.	9,75 „
364 „ a 60 Pf.	212,40 „
3442 „ a 50 Pf.	1721,— „
372 „ a 30 Pf.	111,60 „
3809 örtl. Zuschußbeiträge a 10 Pf.	380,90 „
372 „ „ a 5 Pf.	18,60 „
27 Extrabeiträge a 25 Pf.	6,75 „
Gesamteinnahme	2463,— Mk.
Dazu Bestand der Lokalkasse	2800,67 „
Zusammen:	5263,67 Mk.

Ausgabe:

Arbeitslosenunterstützung (3 Fälle)	16,— Mk.
Notfallunterstützung (165 Fälle)	1240,— „
Reiseunterstützung (3 Fälle)	3,— „
Persönliche Ausgaben (Gehalt, Prozente, Entschädigungen)	756,96 „
Sächliche Ausgaben (Miete, Materialien, Telephon)	82,57 „
Inserate, Versammlungen, Zeitschriften usw.	23,21 „
Kartellbeitrag für 3. Quartal	14,70 „
An die Hauptkasse gesandt	1571,36 „
Gesamtausgabe	3707,80 Mk.
Dazu Bestand der Ortskasse am 31. 12	1555,87 „
Zusammen:	5263,67 Mk.
Die Hauptkasse erhielt in bar	1074,36 Mk.
An den Gauvorstand	10,10 „
Die Hauptkasse zahlte an Arbeitslosenunterstützung	486,90 „
Zusammen:	1571,36 M.

Die Richtigkeit des Kassenberichts bestätigt von den Revisoren der Kollege Eisenschmidt und wird darauf dem Kassierer von der Versammlung einstimmig Decharge erteilt.

Zum Geschäftsbericht des 4. Quartals führt Kollege Schulle folgendes aus: Im Büro gingen ein an Briefen usw. 72, demgegenüber an Ausgängen 120. Auskunft wurde erteilt mündlich 17 Fälle, Schriftstücke wurden angefertigt 7, in 5 Fällen wurde mitgeteilt, daß diese von Erfolg waren, 2 Fälle blieben unbekannt. Ferner wurden einer ganzen Reihe von Frauen unserer Kollegen, die im Felde stehen, Auskünfte gegeben. Die vom Verbandsvorstand in Nr. 41 des „Courier" ausgeschriebene Bekanntmachung betr. Weihnachtsunterstützung wurde in 168 Fällen zur Auszahlung gebracht. An Familienmitglieder der im Felde stehenden Kollegen in 163 Fällen 1230 Mk. — festgestellt wurden bei diesen Familien 410 Kinder. Arbeitslosenunterstützung in 3 Fällen, die nur an weibliche Mitglieder zur Auszahlung kam, und zwar 16 Mk. In 2 Fällen wurde die Unterstützung in Höhe von 10 Mk. an Eltern gezahlt.

Die Mitgliederzahl war am Ende des 3. Quartals 362, im Laufe des Quartals wurden weitere 46 Kollegen zum Heer eingezogen, 5 reisten nach anderen Verwaltungsstellen ab, 14 schieden aus. Die Gesamtmitgliederzahl war am 31. 12. 14: 297 Mitglieder. Die Gesamtzahl der zum Heer einberufenen Kollegen ist 219, davon verheiratet 162, ledig 57. Es fehlt nur sehr wenig noch, dann sind 50 Prozent unserer Mitglieder im Felde.

Eine Diskussion fand nicht statt und wurde darauf vom Kollegen Schulle der Jahresbericht gegeben. Einleitend führte Redner aus: Die Hoffnung, die am Jahresschluß ausgesprochen wurde, daß die Verwaltungsstelle Zeitz im Jahre 1914 eine kräftige Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung zeitigen werde, wenn alle Verbandsmitglieder der Organisation gegenüber ihre Schuldigkeit tun, ging leider nicht in Erfüllung. Das, was am Jahresschluß keiner geglaubt, was wir alle nicht erwartet hatten, kam im Jahre 1914 zum Ausbruch, fast die ganze alte Welt, die Völker der höchst entwickelten Kultur und Gesittung liegen in Banden der Kriegsfurie. Noch nie haben wir uns in einer solch ähnlichen Situation befunden, die für unsere Organisation von solch einschneidender Bedeutung war. Selbst bei den allerschwersten Lohnkämpfen konnten wir unsere Unterstützungssätze aufrechterhalten, der Krieg zwang den Verbandsvorstand, Maßnahmen zu ergreifen, die vor allen Dingen das Bestehen des Verbandes über den Krieg hinaus sicherstellten. Dann aber war es Pflicht, die Verbandsmittel für die durch den Krieg arbeitslos gewordenen Mitglieder bereitzuhalten, denen von keiner Seite Unterstützung zuteil wurde. Gewiß war es zu begreifen, daß eine große Anzahl von Mitgliedern über diese Maßnahmen sehr ungehalten war und am schmerzlichsten wurde es wohl von den Ortsvorständen empfunden, wenn Woche für Woche die Einkassierer Abmeldungen brachten von Kollegen, die es ja gewohnt waren, Jahr für Jahr ihre Unterstützung aus dem Verband herauszuholen, oder der Ansicht waren, daß es jetzt die beste Zeit sei, der Organisation den Rücken zu kehren. Daß die Maßnahmen richtig gewesen sind, davon haben sich wohl inzwischen die Mitglieder ohne Ausnahme überzeugt und andererseits brauchen wir den überschlauen Ausgetretenen keine Träne nachzuweinen.

Als wichtigstes Merkmal ist wohl der in diesem Jahre stattgefundene Verbandstag hervorzuheben, der in finanzieller Hinsicht so umwälzende Bestimmungen brachte, die es ermöglichen sollen, unsere Organisation den immer schärfer werdenden Lohnkämpfen gegenüber durchzuhalten.

Der Kassenbericht ergab eine Gesamteinnahme von 16 249,20 Mk., die Gesamtausgabe betrug einschließlich des an die Hauptkasse gesandten Betrages 14 693,33 Mark. Der Bestand der Ortskasse war demnach am Jahresschluß 1555,87 Mk. An Unterstützungen zahlte die Lokalkasse 1504,30 Mk., die Hauptkasse für Arbeitslosenunterstützung 2081,40 Mk., für Krankenunterstützung 3559,50 Mk., für Sterbeunterstützung 170 Mk., für Notfallunterstützung 50 Mk. und an Gemaßregelten-Unterstützung 66 Mk., so daß insgesamt 7431,20 Mk. für Unterstützungen gezahlt sind. Die Verwaltungsausgaben erforderten 4633,60 Mk. und die Hauptkasse erhielt in bar 2628,53 Mk. An Beitragsmarken wurden entnommen: 17 a 85 Pf., 436 a 70 Pf., 20 731 a 60 Pf., 491 a 35 Pf., 1362 a 30 Pf. und an Extramarken 118 a 25 Pf. Anschließend wurde gleich die Abrechnung vom Notstandsunterstützungsfonds gegeben: Die Gesamteinnahme betrug 149,60 Mk. An Unterstützungen wurden 22 Mk. bewilligt, so daß ein Bestand von 127,60 Mk. verbleibt. Redner ersuchte die Mitglieder, auch weiterhin Notstandsfondsmarken zu nehmen; nur das eine ist dabei als bedauerlich zu verzeichnen, daß so wenig Mitglieder die Opfer tragen helfen. Gewiß, der Krieg erfordert von einem großen Teil der Mitglieder wirtschaftlich schwere Opfer, andererseits sind eine ganze Anzahl von Mitgliedern vorhanden, die diese Beiträge bezahlen könnten.

Mitgliederversammlungen haben 24 stattgefunden einschließlich der auswärtigen; Verträge wurden in den Versammlungen 9 gehalten, ferner eine Generalversammlung. An Sitzungen fanden statt 60, für den Gauvorstand war der Angestellte 18 mal auswärts. Revisionen der Ortskasse wurden 12 mal vorgenommen, ausschließlich der vierteljährlichen Abrechnungen.

An Eingängen waren zu verzeichnen 521, an Ausgängen 540; außerdem wurden im Büro eine große Anzahl Handzettel angefertigt. Auskunft wurde erteilt mündlich 77 mal, Schriftstücke für Mitglieder wurden 65 angefertigt.

Der schon im vorigen Jahr gerügte Mißstand im Arbeitsnachweis hat auch im Berichtsjahr keine durchgreifende Besserung erfahren. Es muß gesagt werden, daß die Mitglieder dieser Einrichtung der Verwaltungsstelle zu wenig Interesse entgegenbringen; so war es verschiedene Male nicht möglich, verlangte Arbeitskräfte zu stellen. Immerhin war es möglich, in 12 Fällen die durch Kollegen bekanntgegebenen offenen Stellen durch Verbandskollegen zu besetzen.

An Lohnbewegungen hatten wir 5 zu verzeichnen, davon 4 in Speditionsgeschäften und 2 in Mühlen. In den Speditionsgeschäften kamen 36 Beschäftigte in Frage, die eine Lohnzulage von 1 bis 2 Mk. pro Beschäftigten oder pro Woche 42 Mk. für sämtliche Beschäftigten erzielten. Außerdem wurde für 21 Beteiligte die Freitags-Lohnzahlung gewährt. Eigentümlich berührt einen das Verhalten der größten Speditionsfirma während der Lohnbewegung. Diese schickte an ihre Kundschaft ein Rundschreiben, darin folgender Satz vorkommt: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht verfehlen, Ihnen mitzuteilen, daß sich seit Bestehen der ursprünglichen Rollgelegenheiten die Unkosten in meinem Betrieb wesentlich verteuert haben; so muß ich z. B. mit einem Lohnzuwachs von zirka 6 Mk. für den Mann wöchentlich rechnen. Ich habe auch einen Streik meiner Leute Ende vorigen Monats nur dadurch verhindern können, daß ich ihnen unter Nichtanerkennung eines vom Transportarbeiterverband vorgelegten Entwurfes freiwillig eine Steigerung des Lohnes in Kürze in Aussicht stellte." Die Lohnerhöhung beträgt ja nun nicht 6 Mk., sondern nur 1 Mk. Ueber die freiwillige Zulage sind wir ja auch etwas besser unterrichtet, und daß der Tarif von der Firma nicht anerkannt ist, dafür trifft nicht den Verband die Schuld; das Verhalten eines Teils der dort Beschäftigten zwang die organisierten Kollegen, die weitergehenden Forderungen auf später zurückzustellen. Aber das eine können wir der Firma versichern und was den Inhabern ja auch schon bei den stattgefundenen Verhandlungen gesagt worden ist, daß wir eines schönen Tages wiederkommen. Auch mit dem Vorhalten sieht es bei dieser Firma schlecht aus, während die Inhaber bei den Verhandlungen versicherten: Ihnen sei es gleich, ob ihre Arbeiter organisiert seien oder nicht, — so können wir feststellen, daß die Firma nichts unversucht läßt, die organisierten Kollegen zum Austritt aus dem Verband zu bewegen. In den Mühlen gelang es uns, für zwei Kutscher je 1 Mk. Lohnzulage, für weitere zwei pro Woche 3 Mk. zu erhalten. Für zwei Arbeiter, die bisher pro Woche 17 Mk. erhielten und Abtraggeld, wurde ein fester Lohn von 25 Mk. pro Woche vereinbart, für einen Hilfsarbeiter eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche. Bei der einen Firma wurde außerdem die Auslösung und Arbeitszeit für zwei Kollegen geregelt. Eine in der Stadtbrauerei für die dort beschäftigten organisierten Arbeiter eingeleitete Lohnbewegung konnte nicht zur Ausführung gebracht werden, zum Teil scheiterte dies an dem Verhalten des Brauereiarbeiterverbandes, der es ablehnte, eine Lohnbewegung dort mitzumachen, bevor nicht die bei uns organisierten Kollegen zu ihrer Organisation übergetreten seien; als wir dann allein vorgehen wollten, brach inzwischen der Krieg aus.

An Mitgliedern waren am Jahresschluß 1914 zusammen 519; der Zugang war 88 Mitglieder. Im Laufe des Jahres schieden aus: 45 Gestrichene und Ausgetretene, 40 reisten ab und 10 traten zu anderen Verbänden über, zum Heer wurden 219 Mitglieder eingezogen, so daß am Jahresschluß ein Mitgliederbestand von 293 zu verzeichnen ist.

Hinzuweisen ist noch darauf, daß der Konsumverein Zeitz den Tarifvertrag zwischen uns und den Genossenschaften schriftlich anerkannt hat, während der bedeutend kapitalkräftigere Verein Hohenmölsen den Tarif während der Kriegsdauer nicht anerkennen will.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden sämtliche Kollegen wiedergewählt; bisher ist es ja noch immer möglich gewesen, für die eingezogenen Kollegen Ersatz zu finden. Im allgemeinen können wir mit der geleisteten Arbeit im abgelaufenen Jahr zufrieden sein. Hoffen und wünschen wir, daß der Krieg bald ein Ende erreicht und unsere Kollegen möglichst alle gesund zurückkehren; hoffen wir, daß es uns auch weiterhin möglich ist, alle Arbeiten, die im Interesse unserer Organisation nötig sind, erledigen zu können — und dann noch eins, daß die Hoffnung von uns allen, nach einer siegreichen Beendigung des Krieges, den schweren Opfern, die die organisierte Arbeiterschaft jetzt zu bringen hat, entsprechend auch die Erfolge auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet nicht ausbleiben mögen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ehrend des im Felde gefallenen Kollegen Herm. Reichstein gedacht.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Mit dem 1. April d. J. läuft die Quittungskarte Nr. 1 für die zum Notstandsfonds des Verbandes während des Kriegszustandes geleisteten Extrabeiträge ab. Wir haben die Quittungskarte Nr. 2 anfertigen lassen und ersuchen die Verwaltungen, soweit dies noch nicht geschehen ist, Bestellungen sofort an uns gelangen zu lassen, damit die Einziehung der Beiträge zum Notstandsfonds keine Verzögerung erleidet.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder in Berlin:

Alfred Nickisch, Hpt.-Nr. 429 553, eingetr. 27. 2. 14; Anton Sommer, Hpt.-Nr. 23 979, eingetr. 26. 3. 13.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten zu senden.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO 16, Engel-Ufer 21.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kaßler, Berlin SO 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Robst, Lichtenberg.
Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.